

Wöchentlich 95 Pf., monatlich 2,60 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren.
Wahlberechtigte 6.— M. pro Monat; für Väter mit ermäßigtem Drucklohnporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, 4-fachste Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige, unparteiische 80 Pf. Wochenzeitung. — Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 25 Pf. (schlief zwei festgedruckte Wörter, jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt in Teilzahlungen). Das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht gebührer Ungelegen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 295-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. U. Disc.-Gcl., Depostentf., Jervallener Str. 65-66.

Löhne zurück auf 1927?

Aus einer geheimen Denkschrift der Arbeitgeberverbände.

Wiederholt ist in bürgerlichen Zeitungen — besonders im Hinblick auf die kommende Notverordnung — die Forderung propagiert worden, die Löhne allgemein auf den Stand vom Januar 1927 zurückzuschrauben. Diese Forderung hat, wie wir heute feststellen in der Lage sind, ihren Ursprung in einer vertraulichen Denkschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die dem Reichstanzler vor mehreren Wochen überreicht wurde. In dieser vom 26. September 1931 datierten „Denkschrift betr. Grundsätze zur gegenwärtigen Lohn- und Sozialpolitik“ heißt es wörtlich:

Die Erhaltung des gegenwärtigen Gesamtlohns und -gehaltseinkommens und seine allmähliche Steigerung kann nur auf dem Wege durch Erhöhung der Kapitalbildung und Ausweitung des Absatzes im In- und Ausland erreicht werden. Dieser Weg muß aber notwendigerweise für eine hoffentlich nicht allzu lange Uebergangszeit eine

Senkung des Realeinkommens und der Lebenshaltung

auch des in voller Beschäftigung stehenden Teils der Bevölkerung führen, nachdem bereits ein immer wachsender Teil durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in seinen realen Lebensgrundlagen auf eine für die Dauer unerträglich tiefe Stufe gesunken ist. Es entspricht dies der bedrückenden, aber unentrinnbaren Tatsache, daß ein Volk, nachdem es einen großen Krieg und ein Drittel seines Volkvermögens verloren hat und mit ungeheuren politischen und privaten Auslandsschulden belastet worden ist, nicht besser leben kann, als zu Zeiten gefunden und sich vermehrenden Reichums. Daß die Einschränkung sich in der Lebenshaltung aller Teile des Volkes ausprägen muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Im gegenwärtigen Augenblick liegt der tarifmäßige Reallohn des gelernten Arbeiters immer noch 17,5 Proz. und des ungelerten Arbeiters immer noch

22,7 Proz. über dem Stand vom Januar 1927.

Vor Durchführung der Lohnsenkungsaktion betrug die Spanne 21,8 Proz. beim gelernten und 27,3 Proz. beim ungelerten Arbeiter. Der Kaufkraftverlust des tarifmäßigen Stundenlohns durch den Lohnabbau beträgt demnach nur ungefähr 2,5 bzw. 2,8 Proz. Wenn demgegenüber eingewendet wird, daß infolge der auch seit 1927 eingeführten gesetzlichen Einschränkungen der Arbeitszeit die effektiven Realverdienste weniger stark gestiegen sind, als es dem tarifmäßigen Realstundenlohn entspricht, so zeigt sich hierin nur die soziale Reifheit der inzwischen verfolgten Arbeitszeitpolitik.

Der vertraulichen Denkschrift war die Statistische Beilage Nr. 2 der Mitteilungen des VDA beigegeben, in der die Kostenfaktoren und Preise in ihrer Entwicklung seit 1927 einer ausführlichen Untersuchung unterzogen werden, wobei wieder das Jahr 1927 als das Idealjahr erscheint. Die Steigerung der Tarifstundenslöhne von Januar 1927 bis April 1931 wird hier für gelernte Arbeiter mit 12,2 Proz., für ungelernete mit 17,7 Proz. angegeben.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den schiefen Argumentationen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände behalten wir uns vor. Heute kommt es uns nur darauf an, gewisse historische Zusammenhänge aufzuzeigen. Die Forderung, alle Löhne auf das Niveau vom Januar 1927 zurückzuschrauben, ist nicht das Ergebnis einer objektiven wissenschaftlichen Untersuchung, nicht die Frucht einer unparteiischen und gerecht abwägenden Regierungskunst. Diese Forderung ist die Maximalforderung einer der beiden Parteien im Kampfe um den Lohn, nämlich die Maximalforderung der Arbeitgeber. Als solche verdient sie bewertet und bekämpft zu werden — überall, wo sie auftritt!

Löbe spricht in Nürnberg.

Riesenkundgebung in drei Sälen. — Kampf dem Faschismus!

Nürnberg, 30. November. (Eigenbericht.)

Eine gewaltige Kundgebung erlebte Montagabend die Nürnberger Bevölkerung. Reichstagspräsident Paul Löbe war als Redner vorgesehen. Die Nationalsozialisten wollten das Bürgertum von der Versammlung abhalten, indem sie nachts die Plakate, die Löbe als Redner ankündigten, mit kleinen Zetteln „der Landesverräter“ verklebten. So trugen sie gegen ihren Willen zu einem Riesenebesuch der Versammlung bei. Der größte Saal der Stadt war bereits 1¼ Stunden vor Beginn der Versammlung überfüllt. Zwei weitere Säle waren nach wenigen Minuten gleichfalls überfüllt, so daß Hunderte wieder nach Hause gehen mußten.

Löbe wurden stürmische Ovationen gebracht. In glänzender Form gab er eine Analyse des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Millionen zum Hungern und Dorben verurteilt, während andererseits Lebensmittel vernichtet werden müssen. Grundsätzlich räumte er mit der nationalsozialistischen Phrase auf, die Republik und der Marxismus seien schuld an der Not, während doch in Staaten mit Diktatur noch größeres Elend herrsche.

Wenn jetzt so viel vom kommenden Diktator geredet werde, so möchte er ihn auch kennenlernen.

Erst sei Herr Rapp aussersehen gewesen, dann Herr Ludendorff oder Ehrhardt. Alle seien aber von den Nationalisten später verworfen worden. Was wäre aus dem Reich geworden, wenn diese Leute, die erst eben Abgötter der Völkischen, dann von ihnen als unfähig bezeichnet wurden, an die Macht gekommen wären. Jetzt sei Adolf Hitler der kommende Retter. Er, Löbe, stelle sich, wenn es je einen Diktator geben sollte, einen solchen als eisernen Mann vor.

Hitler habe aber 1923, als 11 junge Leute blutig auf dem Münchener Straßensplatz lagen, das Heil in der Flucht gesucht.

Vor solcher Kameradschaftlichkeit gegenüber den eigenen Anhängern, die für ihn bluteten, die er aber im Stich gelassen habe, bedanke er sich. Es scheine richtig zu sein, was die Demagogen über Hitler, die ihn ja genau kennen, erklären: Hitler rühre die Trommel, sie sei zwar laut, aber innen hohl.

Mit einer Aufforderung, die Forderung der Arbeiterschaft zu schließen, dem Faschismus entgegenzuwirken und so für ein freies

Deutschland zu kämpfen, schloß Löbe unter stürmischem Beifall der Tausende. In allen drei Versammlungen rührten sich weder die Völkischen noch die Kommunisten. Kein störender Zwischenruf wurde gemacht. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich energisch für die Abrüstung aussprach. Unter sozialistischen Märchen fanden die Versammlungen ihr Ende. Auf der Straße wurde diese Riesenkundgebung von den Gegnern noch eifrig besprochen. Es dämmerte so manchem, daß die „erledigte Sozialdemokratie“ sehr kräftig zu marschieren verstehe!

Der Terror von Culin.

SPD-Versammlung in Culin verboten.

Culin, 30. November. (Eigenbericht.)

Eine für Sonntag nach Culin einberufene sozialdemokratische Versammlung ist — der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zufolge — von dem nationalsozialistischen Stellvertreterenden Bürgermeister Rahl verboten worden.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat das Hamburger Oberlandesgericht am Donnerstag bereits angeordnet, daß die acht Reichsbannerleute, die von dem Culinser Schnellgericht wegen angeblichen Landfriedensbruchs zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, sofort aus der Haft zu entlassen seien. Trotz der eindeutigen Anweisung hat der Culinser Amtsrichter von sich aus die Entlassung verzögert. Zuerst wurde der Reichsbannerführer Dörarp nach Lübeck abgeschoben, etwa zwölf Stunden später wurden weitere fünf Reichsbannerleute und nach abermals zehn Stunden die letzten Reichsbannerkameraden entlassen.

Während dieser „gefährlichen“ 24 Stunden lag in Culin die SA alarmbereit und auch die Polizei sah nach den entlassenen „Landfriedensbrechern“ aus.

Der Berufungstermin gegen das Culinser Urteil ist auf den 9. Dezember festgesetzt.

Revision im Hamburger Mordprozeß. Gegen das vom Hamburger Schwurgericht wegen der Tötung des kommunistischen Bürgerrechtsmitgliedes Ernst Herming gegen die Nationalsozialisten Janßen, Banquet und Hochmann gefällte Urteil ist von den Angeklagten wie auch von der Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht angemeldet worden.

Die Quelle des Mordgeistes.

Von der Reichstagstribüne zum Bogheimer Hof.

Die Nationalsozialistische Partei bemüht sich, den Eindruck der Bogheimer Blutdokumente zu verdunkeln. Sie erklärt und bestreitet, sie dementiert und lügt, sie verbreitet dreifache Erfindungen über das Reichsbanner und die Sozialdemokratische Partei — eins aber vermeidet sie geflissentlich, eine klare Stellungnahme zum Inhalt dieser Dokumente. Dieser Entwurf von Diktaturverordnungen ist ein Programm, demgegenüber es nur ein klares Ja oder Nein gibt. An diesem Programm scheiden sich die Geister. Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei ist sich darüber vollständig im klaren. Sie weiß, daß dies Programm herausgemacht ist aus einer jahrelangen systematischen Agitation, daß es Grundgedanken wiedergibt, die jedem nationalsozialistischen Agitationsredner als Richtungsprinzip gedient haben.

Während aber die Reichsleitung schweigt, und den bestialischen Inhalt dieser Dokumente mit Schweigen deckt, reden die nationalsozialistischen Hehredner im Lande weiter. Norddrohung folgt auf Norddrohung. Die nationalsozialistische Presse nimmt positiv Stellung zu den Bogheimer Dokumenten, sie billigt sie laut und offen. Das parteiamtliche Organ des Gaues Hamburg der NSDAP, das „Hamburger Tageblatt“ schreibt in Nummer 247:

„Daß dieses Programm notwendig ist, wenn die Wirtschaft vollkommen zusammengebrochen, wenn kein Geld mehr da ist, um Löhne, Beamtenegehälter und Unterhaltungen auszu zahlen, liegt für jeden vernünftigen Denker auf der Hand. Die gleichen Parteien, die nach Geldern schnorren gehen müssen, die nicht wissen, ob sie das Geld zusammengetraut haben, heulen auf, wenn andere Anstalten machen, um von den Opfern das Schlimmste, Hunger und Kälte abzuwenden. Einen deutlicheren Beweis für die Borniertheit und Gewissenlosigkeit konnten die Herrschenden nicht geben. Wir werden dafür sorgen, daß das deutsche Volk aus diesem schamlosen Verhalten die richtigen Schlüsse zieht. Erst Deutschland ruinieren, die Wirtschaft verführen, das Volk in Gefahr bringen, und dann noch brüllen und toben, wenn beherzte Männer ein Rotgebäude errichten um das Schlimmste abzuwenden.“

Die Dreifügigkeit, mit der die wahnwitzigen Verfasser der Blutdokumente hier als Retter der Nation vorgestellt werden, ist nicht zu überbieten! Aber diese Auslassung ist bemerkenswert aus einem anderen Grunde! Hier ist keine Rede mehr von einer „Niederrichtung der Kommune“, von einem Verschwinden der staatlichen Gewalten, hier werden die Diktaturverordnungen vom Bogheimer Hof rund und nett vorgestellt als Programm, das aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft helfen soll, als ein Regierungsprogramm der Nationalsozialisten.

Man weiß nun, wie nationalsozialistische Notverordnungen aussehen sollen! Es sollen Notverordnungen im Geiste des Bogheimer Hof sein!

Was sind demgegenüber Hitlers Legalitätsbetreibungen noch wert?

Der Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Partei, der Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer, hat in einer öffentlichen nationalsozialistischen Versammlung in Bries in Schlesien eine Deklaration gegeben, wie diese Legalitätsschwüre aufzufassen sind. Die Weimarer Verfassung, so erklärte er, biete dem Nationalsozialismus die volle Gewähr einer friedlichen und geseglichen Wachtregierung, nach Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten werde allerdings von der Weimarer Verfassung nicht allzu viel übrig bleiben!

Herr Straßer ist führendes Mitglied der Bezirksleitung der NSDAP. Seine Erläuterung der Hitlerischen Legalitätstheorie besitzt demnach Beweisraft. Angesichts dieser Erklärung läßt sich nicht mehr leugnen, daß die Legalitätsbetreibungen Hitlers nur dazu dienen, die illegalen Bestrebungen seiner Partei zu tarnen. So wird immer klarer, daß die Bogheimer Dokumente nicht nur insoweit echt sind, als sie von nationalsozialistischen Führern verfaßt worden sind, sondern darüber hinaus, daß sie das wirkliche Programm Hitlers wiedergeben.

Der Blutwahnsinn, der bestialische Terror, die Mordgier — das ist der wahre Geist Hitlers! Herr Straßer hat ein übriges getan, um dies klarzustellen. Er hat in Bries die folgenden offenen Norddrohungen ausgestoßen:

„Wenn wir oben sind, werden wir Breitscheid und Genossen zu Dreck schlagen. Eine Anzahl wird gebent, die übrigen werden eingeschperrt. Dann wird der deutsche Arbeiter einschen, wie stark wir sind.“

Zum Aufhängen gehören immer zwei: ein Henker,

Die neue Notverordnung.

Die Reichsregierung auf gefährlichen Wegen.

und einer, der sich aufhängen läßt. Die Sozialdemokraten denken nicht daran, sich von Straßer, Hitler, Fric und Konjorten aufhängen zu lassen. Diese Worddrohungen aber sind nicht nur eine Großmäuligkeit, sie sind nicht nur ein Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes, sondern ein Verbrechen am Volke! Sie sind die Quelle des Blutwahnsinns, der die Bürgerkriegstruppe der Hitler-Partei erfüllt, sie sind die Ursache der mörderischen Gewalttaten, deren sich die SA-Banden schuldig gemacht haben!

Dafür trägt die Reichsleitung der NSDAP., und vor allem Hitler die volle Verantwortung! Diese Worddrohungen sind jahrelang von der Tribüne des Reichstags herab von allen Führern der NSDAP. ausgestoßen worden. Am 27. Februar 1929 schrieb Fric von der Reichstagstribüne herab:

„An den Galgen mit den Verbrechern, die uns seit zehn Jahren mißregiert haben.“

Am 12. März 1930 verlas Gregor Straßer von der Tribüne des Reichstags herab eine Erklärung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die, wie er sagte, staatsrechtliche Bedeutung habe. Diese Erklärung schloß:

„Wir klagen die Regierung und die sie stützende Reichstagsmehrheit des vollendeten Volksobertrats an... Wir werden von dem Staatsgerichtshof des neuen Reiches die Köpfe derjenigen fordern, die die Young-Gesetze unterzeichnen werden.“

Die Young-Gesetze sind unterzeichnet. Sie tragen an der Spitze den Namen Hindenburgs!

Von dieser Stelle aus sind die Worddrohungen ins Land gegangen, wo sie hundertfach wiederholt worden sind. Sie sind ein unveräußerlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Agitation. Sie haben Früchte getragen, und ihre letzte und reifste Frucht sind die Bogheimer Blutdokumente! Sie sind Geist vom Geiste Hitlers!

Stöhr leugnet.

Er streift Worddrohungen ab, die er ausgestoßen hat.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr hat an die Redaktion des „Vorwärts“ unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung eingeleitet, die sich auf die Stelle des Aufrufes des Parteivorstandes vom 27. November bezieht, in der sein Name unter den Naziführern erwähnt wird, die „ungezählte Worddrohungen in gewissenloser Demagogie in die Massen geschleudert“ haben. Er erklärt:

„Wahr ist, daß ich noch niemals in meinem Leben gegen irgend jemand eine Worddrohung ausgesprochen, sondern nur wiederholt gefordert habe, das Verbrechen des Landesverrats müßte genau so wie jedes andere Verbrechen von einem legalen Gerichtshof unanfechtlich geahndet werden.“

Herr Stöhr hat am allerwenigsten Anlaß und Berechtigung, sich gegen die Anklage des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu wenden, nachdem gerade er in jüngster Zeit eine der rohesten Redewendungen dieser Art gebraucht hat. In einer in Dessau am 8. Oktober gehaltenen Wahlrede führte er nach einem Bericht der „S. Z.“ am Mittag vom 9. Oktober, der niemals dementiert worden ist, folgendes aus:

„Es müßten nicht immer Köpfe rollen; die Befestigung könne ja auch unblutig geschehen. Das höchste Gericht des Dritten Reiches werde eine Methode ausfindig machen, deren Durchführung ein Ergebnis der deutschen Hausindustrie im Preise vorübergehend steigern werde.“

Wir bleiben dabei, daß trotz der vorsichtigen Verbrämung mit dem „höchsten Gericht des Dritten Reiches“ diese Parole des Aufhängens eine jener typischen Worddrohungen ist, die „in gewissenloser Demagogie in die Massen geschleudert“ werden und gegen die sich der Aufruf des Parteivorstandes gerichtet hat.

Im übrigen kann man bei aller Dreistigkeit dieser Berichtigung des Herrn Stöhr ihm nur dankbar dafür sein, daß er auch bei dieser Gelegenheit wieder das Wort „legal“ da hineingeschmuggelt und damit aufs neue bewiesen hat, zu welchem Zweck die Nationalsozialisten mit dem Begriff der „Legalität“ Schindluder treiben.

Um die Invalidenversicherung.

Gegen eine neue Legendenbildung!

Vor wenigen Tagen hat der Reichsarbeitsminister Stögerwald in Berlin in einer Rede erklärt:

„Die gesetzliche Sozialversicherung kann mit den gegenwärtigen Leistungen, die während einer Scheinblüte festgesetzt wurden und wofür die erwarteten Einnahmen ausgeblieben sind, nicht über die gewaltige Krise der Gegenwart und der nächsten Jahre hinweggerettet werden.“

In der Tat reichen die gegenwärtigen Einnahmen der Invalidenversicherung und Unfallversicherung nicht aus, um die Leistungen durchzuführen. Aber wer trägt denn die Schuld daran? Wir stellen fest: Niemand anderes als das Reichsarbeitsministerium selbst!

Immer wieder haben Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften die Erhöhung der Beiträge, zum mindesten aber die Aufstockung neuer Lohnklassen zur gerechteren Beitragsbemessung gefordert. Das Reichsarbeitsministerium hat zwar ausgerechnet, daß allein der Ausbau von drei Lohnklassen 135 Millionen Mark Mehreinnahmen bringen würde, es hat aber nichts getan, um dieser Forderung der Sozialdemokratie zur Annahme zu verhelfen. Im Gegenteil! Es hat sich und die Invalidenversicherung „reich gerechnet“. Das Reichsarbeitsministerium hat in der Beitragsfrage spekulativ gearbeitet. Nicht die „Scheinblüte“, sondern der Mangel an politischem Entscheidungswillen beim Reichsarbeitsministerium trägt die Schuld an der Finanzkrise.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben immer wieder die Beteiligung des Reichs am Ausbau der ganz unzulänglichen Invalidenrente gefordert. Dem Grundgedanken nach ist das zugestanden worden. Die lex Brüning gab der Invalidenversicherung sozusagen die zweite Hypothek auf eine eventuelle Mehreinnahme beim Lohnsteuerauskommen. Das geschah, weil das Ministerium und die Reichsregierung mit dieser Scheinlösung einer politischen Entscheidung, das heißt einer offenen, direkten Beteiligung des Reichs am Ausbau der Invalidenversicherung aus dem Wege gehen wollten.

Der Weg zur Sanierung der Sozialversicherung führt nicht über „vorübergehende“ Leistungsenkürzungen, sondern ausschließlich über die Erschließung neuer Einnahmen. Jede andere Maßnahme müßte auf den schärfsten Widerspruch der Sozialversicherung ruhen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre neue Notverordnung bis Ende der Woche fertigzustellen. Die Verordnung soll die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten decken, will aber auch durch Preis- und Lohnsenkung in das private Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verhandlungen im Reichskabinett haben erst am Montag begonnen. Soweit Nachrichten vorliegen, sind bestimmte Pläne, die bereits greifbar und endgültige Gestalt angenommen haben, noch nicht vorhanden. Es dürfte deshalb sehr zweifelhaft sein, ob die Absicht, die neue Notverordnung bis zum 7. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Stillschaltkomitees in Basel, fertigzustellen, gelingen wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur in den Ländern und Gemeinden, sondern auch im Reich im laufenden Haushaltsjahr durch den weiteren Rückgang der Steuereinnahmen neue Fehlbeträge entstanden sind. Viel größer werden diese Fehlbeträge im Rechnungsjahr 1932 sein. So glaubt die Reichsregierung, daß jetzt bereits der Augenblick gekommen ist, um die angeblich letzte Reserve, nämlich die Umsatzsteuer, zu erhöhen. Aber selbst eine Verdoppelung der Umsatzsteuer wird kaum ausreichen, um das Loch zu decken. Deshalb werden Pläne erwogen, die Kapitalertragsteuer, die die jetzige Regierung vor Jahresfrist für die festverzinslichen Wertpapiere aufgehoben hat, wieder einzuführen. In welcher Form und Höhe das geschehen soll, darüber sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Auch über den Verwendungszweck dieser neuen Steuerquelle scheinen verschiedene Absichten miteinander zu ringen. Eine weitere wichtige Maßnahme zur Sanierung der öffentlichen Haushalte ist die neue Kürzung der Beamtengehälter. Sie dürfte grundsätzlich bereits die Zustimmung der Reichsregierung gefunden haben. Ob allerdings auch schon die Höhe dieser neuen Ab-

züge feststeht, ist bei der Geheimnistuerei, mit der die Regierung ihre Verhandlungen umgibt, nicht einwandfrei zu ermitteln. Selbstverständlich kann diese Gehaltskürzung nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden, sondern frühestens am 1. Januar 1932.

Weit umstrittener und unbestimmter sind bisher die Pläne der Reichsregierung, die in das private Wirtschaftsleben eingreifen sollen. Richtlinien für diese Maßnahmen sind die Thesen des Wirtschaftsbeirats, die die Gewerkschaften aller Richtungen wegen ihrer einseitigen, gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger gerichteten Tendenz auf das schärfste bekämpft haben. Hält die Reichsregierung an der in diesen Thesen niedergelegten Absicht fest, Preisentlastungen in unbestimmter Form, Lohnsenkungen aber mit Hilfe der Notverordnung oder des staatlichen Schlichtungswesens mit unmittelbarer Wirkung zur Durchführung zu bringen, so wird die Folge nur eine weitere Einschränkung des Wirtschaftsapparates sein, die den Ausweg aus der Krise für die Gesamtheit nicht erleichtert, aber die Lage des einzelnen Lohn- und Gehaltsempfängers außerordentlich erschwert. Auch die Einsetzung eines Reichskommissars zur Durchführung von Preisentlastungen wird das Vertrauen zu einer solchen Maßnahme nicht steigern können.

Man muß sich unwillkürlich fragen, weshalb die Reichsregierung mehr als ein Jahr lang die Vollmachten zum Kampf gegen Kartelle und Monopole und gegen überhöhte Preise nicht benutzt hat, die sie sich selbst durch Notverordnungen erteilen ließ. Man muß infolge dessen befürchten, daß wiederum alle Energie auf die Senkung der Löhne verwandt wird, die Vollmachten zur Preisentlastung lässig angewandt und durch die Erhöhung der Umsatzsteuer unwirksam gemacht werden.

Heke nach Bogheimer Muster.

Der „Angriff“ bis 7. Dezember verboten.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hat der Polizeipräsident die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Angriff“ einschließlich der Kopfbätter mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Dezember 1931 einschließlich verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines unter der Überschrift „Biel Börm um nichts“ von Dr. Goebbels veröffentlichten Artikels, der sich mit den Vorgängen in Hessen befaßte.

Die Gründe für das Verbot des „Angriff“.

Der Berliner Polizeipräsident gibt folgende Begründung für das Verbot des „Angriff“ bekannt:

Der „Angriff“ vom 28. November 1931 Nummer 219 bringt unter der Überschrift: „Biel Börm um nichts“ einen Artikel von Dr. Goebbels, der sich mit dem zur Zeit in Hessen gegen Dr. Best und Genossen schwebenden Verfahren befaßt. Der Artikel gibt offen zu, daß die beschlagnahmten Dokumente durch die von der Untersuchung betroffenen nationalsozialistischen heßlichen Führer und Landtagsabgeordneten ausgearbeitet worden sind. Diese Entwürfe sind erschütternde Dokumente für Hinfälligkeit und Verantwortungslosigkeit von Männern, welche die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in einem deutschen Freistaat für die höchsten Ehrenämter befähigt hält. Todesstrafe, Todesstrafe und immer wieder Todesstrafe; Einrichtung von Feldgerichten, um den Schein der Willkür zu vermeiden; unentgeltliche Ablieferung der Lebensmittel seitens der Bauern; Kollektivisierung der Bevölkerung — bis aufs Gramm bemessen — auf Grund eines Kartensystems; Anspruch auf Ernährung setzt jedoch die Ernährung unter einem staatlichen unentgeltlichen Arbeitszwang voraus; Joden werden vom Arbeitszwang nicht erlöst, bekommen deshalb auch nichts zu essen; Abschaffung des Privateigentums, Aufhebung der Renten; als Ersatz für den wegfallenden Mietzins haben die ohne Entgelt beschäftigten Arbeitszwangspflichtigen die Wohnhäuser zu erhalten; Entlassung und Ernennung von Beamten nach den Richtlinien der Rechtsabteilung des Gaues Berlin — das sind die Segnungen, welche diese heßlichen NSDAP-Führer dem heßlichen Volk bringen wollen.

Der gesamte angeführte Artikel nimmt in verheerender Weise zu diesen Vorgängen Stellung. Er bemerkt wörtlich: „Was wir nach dem Siege der Bewegung tun und lassen werden, darüber sind wir uns alle einig.“

Diese Bemerkung kann nur so verstanden werden, daß unter sämtlichen Nationalsozialisten, also auch zwischen den

gesamten heßlichen Führern und Landtagsabgeordneten und den anderen maßgeblichen Führern der NSDAP., volles Einverständnis besteht. Daraus muß der Leser folgern, daß die gesamte NSDAP. das oben bezeichnete Programm dieser heßlichen Nationalsozialisten billigt. An diese Stelle schließt sich eine Betrachtung darüber an, welche verschiedenen Möglichkeiten der NSDAP. nach einer Wählergreifung gegeben sind. Es heißt in diesem Zusammenhang wörtlich:

„Daß diese (Weimarer Verfassung) zwar gesetzlich vorschreibt, wie die Macht erworben wird, aber auch nicht mehr. Wenn die nationalsozialistische Bewegung sich ausdrücklich und unter Eid zum Prinzip der Legalität bekennet, so belagt das, daß sie streng nach den Regeln der geschriebenen Verfassung an die Macht zu kommen gedenkt... Kann sein, daß das Volk uns damit beauftragt, möglichst vorfristig damit umzugehen, kann sein, daß das Volk ausdrücklich verlangt, daß seiner Kreatur auch nur ein Härden gekrümmt wird, kann sein, daß das Volk unter unserer begünstigenden Einflüß sich allmählich befähigt und mit Glacéhandschuhen diejenigen anfaßt, die alles andere eher verdient hätten. Das alles kann sein...“

Zu diesen heßlichen Plänen bemerkt der Artikel weiter: „Und warum sollten wir heute vor Dilettanten Pläne entwerfen lassen, die morgen vielleicht schon von wirklichen Männern durchgeführt werden müssen!“ In dem Artikel „Dejete Rückzugsgesichte“ (S. 10) bezeichnet der „Angriff“ dann auch die beschlagnahmten Dokumente als „gut gemeinte“ Privatausarbeitungen.

Diese Ausführungen gefährden aufs grösste die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Der Verfasser des Artikels ist ein maßgeblicher Führer der NSDAP., der von Hitler zum Leiter des Gaues Groß-Berlin und zum Reichspropagandaleiter berufene nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels. Derartige Ausführungen müssen unter diesen Umständen in weiten Bevölkerungskreisen die Meinung erwecken, daß im Falle einer Regierungsbeteiligung oder heßlichen Dokument gezeichnete Weg gegangen, d. h. ein sinnloses Regiment voll Blut und Schrecken Platz greifen wird. Die Prüfung nach Paragraph 2 der Ausführungsbestimmungen der Richtlinien für die Handhabung der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 ergab, daß der erstrebte Zweck nicht schon durch eine Verwarnung oder amtliche Entgegnung erreicht werden kann.

Das Beamtendisziplinarrecht.

Eine Reformvorlage in Preußen.

Preußen reformiert das Beamtendisziplinarrecht. Das alte preußische Disziplinarrecht stammt noch aus dem Jahre 1852. Mit seinen Rückständigkeitsmerkmalen will Severing ausräumen. Die auf Initiative der freigewerkschaftlich organisierten Beamtenbewegung in Preußen ausgearbeitete Novelle zur Schaffung eines modernen Disziplinarrechts für nichtrichterrliche Beamte wird im Landtag noch vor Weihnachten zur Beratung kommen.

Im Gegensatz zum bisherigen Recht werden durch die Novelle nicht mehr Körperschaften, die mehr oder weniger verwaltungsmäßig gebunden sind, über dienstliche Verfehlungen von Beamten aburteilen, sondern unabhängige Gerichte, die mit allen Rechtsgarantien ausgestattet sind. Vor allem sollen künftig alle Verhandlungen gegen Beamte grundsätzlich öffentlich stattfinden, wie das schon jetzt bei den Reichsbeamten und preußischen Richtern der Fall ist.

Rotfront-Konferenz aufgehoben.

43 Verhaftungen in Schlesien.

Freiburg (Schlesien), 30. November. (Eigensbericht.)

Am Sonntagvormittag fand in Freiburg (Schlesien) eine angeblich kommunistische Konferenz von Bauarbeitern

statt, die von Vertretern aus ganz Mittelschlesien besucht war. Auch Vertreter der kommunistischen Zentrale in Berlin waren anwesend. Die Landesstriminalpolizei in Breslau hatte jedoch Kenntnis davon erhalten, daß es sich nicht um eine Konferenz der Bauarbeiter, sondern um eine solche der mittelschlesischen Funktionäre des verbotenen Rotfrontkampfer-Bundes handelte. Auf Anordnung der Landesstriminalpolizei wurde daher die Konferenz aufgehoben. Die Teilnehmer wurden von dem aus Waldenburg herbeigerufenen Ueberfallkommando verhaftet. Elf der Verhafteten wurden dem Gerichtsgefängnis in Waldenburg, zwelunddreißig dem Schweißnitzer Gerichtsgefängnis zugeführt.

Berschleuderte Millionen.

Die Kostenabrechnung über den Stahlhelm-Volkentseid.

Jetzt liegt die Kostenabrechnung über die Volkentseidaktion des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen Landtages vor. Danach hat das Volksbegehren dem preussischen Staat Kosten in Höhe von 244 742 Mark, der anschließende Volkentseid Ausgaben in Höhe von 788 895 Mark verursacht, so daß der Staat insgesamt 1 033 637 Mark für diese Aktion des Stahlhelms den Gemeinden, die die Beträge verauslagt hatten, zurückverleihen hatte. Die angegebene Summe stellt drei Fünftel bis vier Fünftel der den Gemeinden insgesamt erwachsenen Ausgaben dar, hinzu kämen noch etwa 28 000 Mark Ausgaben des Landesabstimmungsleiters und die Summen, die die Veranstalter aus eigener Tasche zu entrichten hatten.

Bürgermeister Scholtz und Sklareks

Stürmische Auseinandersetzungen

Die gestrige Sklarek-Verhandlung war voller dramatischer Zwischenfälle; sie fand unter dem Zeichen des tragischen Selbstmordes des Stadtrats Schäning und der heftigen Ausfälle der Brüder Sklarek gegen den Bürgermeister Scholtz.

„Ich habe es nicht gewollt mit Schäning,“ ruff Leo Sklarek aus, „aber die Wahrheit mußte hier an den Tag kommen. Das geht alles auf das Konto von Scholtz, das behaupte ich noch einmal. Was er für ein Mensch ist, wird sich bei den Zeugnisaussagen herausstellen. Ich erkläre, daß der Obermagistratsrat Scholtz doch alles gefogt hat.“ Als Oberstaatsanwalt von Steinacker hat, den Bürgermeister doch in Schutz zu nehmen, ließ der Vorsitzende die goldenen Worte fallen:

„Bei Leo Sklarek muß man nicht alles auf die Goldwaage legen.“

Wie sehr er mit diesem Ausspruch den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, bewies die Vernehmung des Stadtrats Rydahl. Als er Zeuge im Gerichtssaal erschien, mußte überhaupt niemand, weswegen er geladen ist. Dann erinnerte sich plötzlich Leo Sklarek, daß er es gewesen, der ihn in einem seiner Wutausbrüche erwähnt hatte: Rydahl habe ihm gesagt, daß die Verträge der Gebrüder Sklarek im Magistrat glatt durchgingen und einstimmig angenommen würden. Der Zeuge Rydahl, der dienstlich eigentlich nie auch nur das geringste mit den Gebrüder Sklarek zu tun gehabt hatte, gibt zu, daß er gelegentlich einer Begegnung im Restaurant tatsächlich geäußert habe, die Vorlagen die Firma Sklarek betreffend würden vom Magistrat einstimmig angenommen. Was hatte aber Leo Sklarek in der Voruntersuchung nicht alles über den Stadtrat Rydahl im Zusammenhang mit diesem Gespräch gesagt, um die Korruption der Magistratsmitglieder zu schildern. Rydahl habe unmittelbar nach diesem Gespräch bei der Firma Sklarek Anzüge bestellt und nicht bezahlt; sobald er ihn in irgendeinem Restaurant getroffen habe, habe Rydahl ihn angepöppelt, 300, 400 M., das Geld aber nie zurückgegeben. Rydahl bestreitet alles ganz entschieden. Er hat in Wirklichkeit nur einmal von Leo Sklarek für einen armen Lehrer ein Darlehen in Höhe von 300 M. erhalten und das Geld in Raten von je 50 M. bezahlt. Worauf Leo Sklarek ein neues Darlehen in Höhe von 200 M. für den Lehrer hergab; auch dieses sei zurückgezahlt worden. Außerdem habe Leo Sklarek Mitgliedsbeiträge zugunsten von Waisen usw. gegeben. Die Anzüge, die er bestellt habe, seien von ihm bezahlt worden, und zwar an Mag Sklarek. Leo Sklarek entschuldigt seine falschen Anschuldigungen in der Voruntersuchung mit folgender charakteristischen Begründung:

Er habe einen jeden belastet, um nur aus der Unterjochungshaft herauszukommen.

Als org übertrieben erwießen sich auch nach dem Verlauf der gestrigen Verhandlung die Vorwürfe, die Leo Sklarek gegen den Bürgermeister Scholtz erhoben hat. Er schimpfte ihn einen Intriganten, den der Vorsitzende der eigenen Partei einen Leichenlücker genannt habe. Er habe die Sklarek-Affäre nur aufgejogen, um den Oberbürgermeister Böß zu stürzen, weil er an dessen Stelle wollte. Deshalb habe er für seine Aktion ausgerechnet den Zeitpunkt gewählt, als der Oberbürgermeister in Amerika war. In Wirklichkeit sei er aber alles herbeizuführen seit langem orientiert gewesen. Bürgermeister Scholtz bestreitet energisch, auch nur das geringste von irgendwelchen Unregelmäßigkeiten in der geschäftlichen Tätigkeit der Firma Sklarek gewußt zu haben und schildert ausführlich, wie sich die Dinge vor der Verhaftung der Gebrüder Sklarek zugetragen haben.

Am Montag, dem 23. September 1929, habe er und Karoing vom Bürgermeister des Bezirksamts Spandau die schriftliche Mitteilung von Unregelmäßigkeiten erhalten. Der Obermagistratsrat Brandls wurde von der Hauptprüfstelle beauftragt, den Dingen nachzugehen. Die Stadt war geschädigt, da viel zu hohe Zahlungen geleistet waren. Es stellte sich heraus, daß die

Brüder Sklarek an diesen Unregelmäßigkeiten die Schuld trugen. Ich kam am 25. September mit dem Stadtdämmerer Lange überein, sofort den Polizeipräsidenten Dr. Weiß zu benachrichtigen. Ich habe auch den Oberbürgermeister in Amerika benachrichtigt und bin der festen Überzeugung, daß, wäre er hier gewesen, er nicht anders gehandelt hätte. Leo Sklarek schreit dem Zeugen ins Gesicht, daß er ihn und seine Brüder hätte rufen sollen. „Ich habe Sie nicht gerufen,“ erwidert Scholtz, „weil ich in jener Nacht erkannt habe, daß die Stadt um viele hunderttausend Mark geschädigt worden war. Sie hätten ja ebenso verschwinden können wie erst vor kurzem der Bankdirektor Seiffert.“ Die Verteidigung hält dem Zeugen vor, daß er im Falle Kieburg anders gehandelt hat, obgleich dieser eine Bilanzfälschung begangen hatte, um einen Verlust von 400 000 M. zu verschleiern. Es sei damals gegen Kieburg nicht strafrechtlich vorgegangen worden. Die Vorlage des Magistrats an die Stadtordeordnetenversammlung spreche nur von Unrichtigkeiten. Vorl.: Als Sie die Vorlagen unterzeichneten, haben Sie da nicht das Wort Bilanzfälschung vermisst?

Auch ein anderer Punkt wird angechnitten: Ist dem Bürgermeister Scholtz etwas von dem Monopolvertrag bekannt gewesen. Der Zeuge bestreitet das. Er behauptet, daß sein Parteifreund Benedek, mit dem er übrigens familiär verkehrt, ihm nichts davon erzählt habe.

Der Vorsitzende meint, daß dieser Monopolvertrag für Herrn Benedek bestimmt nicht so bedeutungslos gewesen sei, wie es der Zeuge darzustellen beliebt.

Stadtrat Benedek sei so verzweifelt darüber gewesen, daß er den Vertrag unterzeichnet habe; er habe sogar einen Anzug, den er bei Sklareks bestellt habe, sofort wieder abbestellt.

Der frühere Stadtdämmerer Karoing weiß nichts Wichtiges zu bekunden. Die stöckende Zahlungswelle der Firma Sklarek sei nicht derartig gewesen, daß man ihm ein Darlehen hätte verweigern müssen. Der frühere Syndikus und jetzige zweite Bürgermeister Lange soll über Einzelheiten zu einem späteren Zeitpunkt gehört werden. Ueber Kieburgs Verfehlungen hat er erst bei dessen Entlassung aus dem Dienst der Stadt gehört. Er selbst sei für eine Strafanzeige gewesen. Daß irgendjemand Kieburg habe schonen wollen, wisse er nicht.

Heute, Dienstag, werden weitere Mitglieder des Magistrats als Zeugen vernommen.

Mag Klante und sein „Reiderer“

Das Schöffengericht Berlin-Mitte wird sich demnächst wieder mit einem neuen „Wettssystem“ von Mag Klante zu beschäftigen haben. Gegen Klante ist gemeinschaftlich mit mehreren anderen Angeklagten als seine Gehilfen von der Staatsanwaltschaft I Anklage wegen Betruges erhoben worden.

Wie erinnertlich, hatte Mag Klante vor einer Reihe von Jahren durch den von ihm gegründeten Wettkonzern, durch den zahllose Leute große Summen verloren hatten, viel Aufsehen erregt und er war im September 1928 zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Mag Klante verfolgte aber seine Ideen weiter. Im Jahre 1929 gab er eine Zeitschrift „Reiderer“ heraus und gründete gleichzeitig in einem Lokal in der Oranienstraße ein Wettbüro. Er suchte nun Leute, die sich mit Kapital bis zu 1000 Mark an seinem Unternehmen beteiligen sollten. Er wollte eine Vereinigung gründen, die nach seinem neuesten System „tollehere“ Wettten abschließen sollte. Von den Gewinnern sollten die Wettler 50 Prozent, die Wettvereinigung den Rest erhalten. Es fanden sich auch wieder verschiedene Leute, die überflüssiges Geld und Vertrauen zu Klantes „Wettbüro“ hatten. Die Anklage lautet auf Betrug, Urkundenfälschung und Vergehen gegen das Kennwettgesetz.

Kompagnie Nazis als Angeklagte.

Strafanträge im Dranienburger Nationalsozialisten-Prozess.

In dem Dranienburger Prozess gegen die 55 Nationalsozialisten, die sich in mehrwöchiger Beweisaufnahme vor dem Schnellschöffengericht in Dranienburg zu verantworten hatten, wurden am Montagabend nach längerer Ausführungen der Anklagevertreter die Strafanträge gestellt. Staatsanwaltschaftsrat Helf beantragte gegen 16 Angeklagte Freispruch mangels Beweises, gegen 38 Angeklagte wurden wegen des am 24. September verübten Landfriedensbruchs Strafen von einem Monat bis zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis beantragt. Gegen den Stadtrat Fuchs, den Leiter der dortigen Ortsgruppe der NSDAP, wurden neun Monate Gefängnis beantragt.

Einäschierung Friß Runerts.

Unser lieber Genosse und Mitkämpfer Friß Runert wurde am Montag in aller Stille im Krematorium Baumgärtchenweg eingäschert. Genosse Runert hatte gewünscht, daß ihm seine langjährige Gattin und Komradin Marie Runert selbst einen Nachruf an seinem Sarge widmen sollte. In Erfüllung dieser schweren Pflicht schiederte Genossin Runert den erschlenenen Trauergästen und den Genossen des 16. Kreises das Leben ihres Gatten und unseres Genossen, ein Leben voller Pflichterfüllung und Kampf für den Sozialismus. — Wir werden das Andenken unseres verstorbenen Genossen Runert stets in Ehren halten und uns bemühen, ihm nachzujeltern.

Die eigene Mutter in den Tod gefahren.

Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich heute vor dem Erweiterten Schöffengericht Nichtenberg der 27 Jahre alte Kurt H. zu verantworten. H. hatte am 22. März d. J. mit seinem Auto eine Fahrt nach Kollberge unternommen, an der seine Mutter, seine Schwester und deren Freundin teilnahmen. Auf der Rückfahrt nach Berlin auf der Chaussee von Tisdorf nach Schöneiche verlor die Angeklagte in einer Kurve ein vor ihm fahrendes Auto zu überholen. Bei diesem Versuch geriet H. mit seinem Fahrzeug auf den Sommerweg. Er bremste aber so stark ab, daß das Auto ins Rutschen kam und gegen einen Baum fuhr. Die Mutter des Angeklagten, die im Innern des Wagens saß, wurde durch das Fenster auf die Straße geschleudert und blieb dort mit einem schweren Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung liegen. Als die bedauernswerte Frau ins Krankenhaus übergeführt wurde, war bereits der Tod eingetreten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Zustellung der Steuerkarten für 1932.

Die Steuerkarten für 1932 sollen allen Arbeitnehmern Berlins, die ihre Wohnung seit dem 10. Oktober d. J. nicht gewechselt haben, bis Anfang Dezember zugestellt werden. Diese Steuerkarten enthalten auf der 4. Seite gleichzeitig die Benachrichtigung über die Bürgersteuer für 1931. Arbeitnehmern, die nach dem 10. Oktober d. J. innerhalb Groß-Berlins verzogen sind, müssen ihre Steuerkarte von dem Bezirkssteueramt abholen, in dessen Bezirk sie sich bei der Personalausnahme am 10. Oktober d. J. in die Haushaltungskarte eingetragen haben oder bei dieser Steuerkarte die Uebertragung durch die Post beantragen. In den Anträgen ist die Wohnung am 10. Oktober d. J. und die jetzige Wohnung anzugeben, auch ist das Richtigkeitsbezug zu bezeugen. Den nach dem 10. Oktober d. J. aus anderen Teilen des Deutschen Reiches zugezogenen Arbeitnehmern wird dringend geraten, sich die Steuerkarte von der Gemeinde nachsenden zu lassen, in deren Bezirk sie an diesem Tage gewohnt haben.

Ausstellung in Wilmersdorf: „Junge Hände schaffen“. Das Bezirksamt Wilmersdorf veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 6. Dezember 1931 in der Aula des Lyzeums, Bülowstr. 131/133, eine Ausstellung unter dem Motto: „Junge Hände schaffen!“



Germaine kannte ihn, es war der Sohn des Schuldieners, ein etwa siebzehnjähriger junger Mensch, der zu einem Schuhmacher in die Lehre ging. Sie sah ihn am Arm, gerade als er wieder weitergehen wollte.

„Ist das — — ist das etwa Revolution!“ sagte sie atemlos.

Der junge Mann nickte stolz. „Die da vorn kommen aus Kiel und aus Berlin — der Kaiser ist abgesetzt, und draußen wird nicht mehr geschossen.“

Wie beäugt blieb Germaine zurück. Hatte sie denn recht verstanden? „Draußen wird nicht mehr geschossen!“ Ja, das war doch — das war doch, kein Zweifel mehr, das bedeutete den Frieden, das Kriegsende! Und das bedeutete auch, daß Walter nicht mehr an die Front kam. — — Ihr Herz klopfte zum Zerplatzen.

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“, erscholl es jetzt vom Marktplatz zu ihr herüber.

Und dann ein lauter Ruf: „Brüder! Der Krieg ist zu Ende! Es lebe die Deutsche Republik!“ und nicht endenwollender brausender Beifall und laute Hochrufe.

In fliegender Eile rannte Germaine die Parfstraße hinauf. Was würde bloß die Mutter sagen! Und Walter würde bald hier sein — war denn das zu glauben? Man brauchte kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn man froh war, wenn man sich jung und sorgenlos fühlte. —

Frau Loriot stand an der Gartentür. Blau und verstört kam sie der Tochter entgegen. „Gott sei Dank, daß du hier bist. Was habe ich mich geängstigt! In der Altstadt muß es ja furchtbar zugehen —“ Angstvoll sah sie die Tochter an.

Aber Germaine war ihre Ledermappe in die Luft. „Du weißt ja noch gar nichts! Mutter, der Krieg ist zu Ende! Walter kommt wieder nach Hause!“ Sie jubelte laut.

Aber Frau Loriot legte ihr erschreckt die Hand auf den Mund und zog sie ins Haus.

„Bist du denn von Sinnen, Germaine! In Berlin soll

Revolution sein, und hier ziehen sie auch schon den ganzen Morgen mit roten Fahnen herum und plündern die Läden aus! Bei Onkel Stetten sind sie in die Villa eingedrungen und haben ihn mit dem Revolver bedroht!“

Germaine sah trotzig vor sich hin.

„Wunderst dich das vielleicht? Das Militär hat vier Jahre lang die Menschen als tote Nummern behandelt, meinst du, das rächt sich nicht irgendwann einmal? Sie habens lange genug ertragen!“

Entsetzt, verständnislos sah Frau Loriot die Tochter an.

„Germaine, um Gotteswillen, hast du den Verstand verloren? Verstehst du nicht, was das bedeutet? Das heißt, daß Deutsche auf Deutsche schießen! Das ist der Bürgerkrieg, das ist Deutschlands Untergang. Ich habe eben Onkel Stetten telefonisch gesprochen. Er sagte mir, daß nur die Rücksicht auf seine Kinder ihn davon abhält, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen — er ist vollkommen niedergebrosen.“

„Es tut mir leid, daß Onkel Stetten diese Enttäuschung erleben muß, daß er so sich selbst jetzt erzählt, wie furchtbar auch seelische Vermundungen sein können — aber, Mama, vier Jahre lang hat man uns gepredigt, daß es nicht um den einzelnen gehen, sondern um das ganze Volk! Hundert dich, daß das Volk jetzt diese These, die man ihm eingehämmert hat, umdreht und auf seine Führer anwendet, daß es jetzt ihnen zuruft: Die Herrschaft von euch einzelnen da oben ist zu Ende, jetzt geht es um uns, um das Volk!“

Frau Loriot schlug die Hände zusammen. „Ich weiß nicht mehr, was ich sagen soll. Weißt du denn, wie das, was du „das Volk“ nennst, in Wirklichkeit aussieht? Weißt du, daß jetzt der Mob, alle lichtschönen Elemente, die bis jetzt niedergedrückt waren, ans Tageslicht kommen, weil sie Morgenluft wittern? Weißt du, daß auch wir jetzt nicht mehr sicher sind, daß man auch bei uns andrehen, alles entzweifeln und stehlen wird! Onkel Stetten hat mir geraten, heute Nacht nicht allein hier zu bleiben. Familie Köchlin ist auch nicht hier.“

Germaine legte den Arm um den Hals der Mutter und streichelte ihr leise die Wange. „Du denkst wohl, der Teufel sei in mich gefahren, meine arme Mama!“ sagte sie lächelnd. „Und du siehst mich wohl schon mit einer roten Fahne herum-marschieren!“

Frau Loriot sah unsicher in die Augen der Tochter, als fände sie darin den Schlüssel alles dessen, was ihr im Wesen Germaines mitunter rätselhaft war. Aber was sie heute gesagt hatte, das setzte doch allem die Krone auf — wie kam sie bloß auf solche Gedanken!

„Kind, du bist doch manchmal erschreckend impulsiv in deinen Aeußerungen, du läßt dich vollkommen hinführen von einer augenblicklichen Begeisterung, ohne die Folgen in ihrer ganzen Tragweite zu sehen. Glaube mir, ich habe da einen ruhigeren und kühleren Blick als du. Und wenn ich heute voll flehender Sorge bin, weil ich fürchte, daß das, was uns jetzt bevorsteht, viel schlimmer ist, als der ganze Krieg, so glaube ich, die Sachlage damit besser erfaßt zu haben als du.“

Germaine schloß sich an die Seite der Mutter.

„Was du befürchtest, das kann wohl alles eintreffen in den großen Industriestädten, vor allem in Berlin, wo Millionen Menschen zusammengepackt sind. Da sind andere Spannungen, andere Gegensätze als bei uns. Hier macht keiner Revolution — da sind unsere Handwerker und Klein-händler und die paar Arbeiter viel zu sehr Kleinstädter. Darum haben sie uns ja auch ein paar Kieler Matrosen und einen Redner aus Berlin auf den Hals geschickt. Ich habe unseren Schuhmacherlehrling getroffen, der mitmarschierte. Er war so stolz darauf, ein Revolutionär zu sein — aber er würde keiner Fliege was zu leide tun. Und so sind die allermeisten hier. Sie sind bloß alle froh, daß der Krieg zu Ende ist, das ist alles. Kannst du ihnen das verdenken? Bist du denn nicht auch froh? Freust du dich denn nicht, daß Walter nach Hause kommt?“

Frau Loriot legte den Kopf an die Schulter der Tochter. „Kind, mich hat das alles so erschreckt und verwirrt, dazu noch das Gespräch mit Onkel Stetten, der doch sonst immer die Dinge so klar und nüchtern sieht und nun so zusammengebrochen ist. Das hat mich alles furchtbar erschüttert. Doch Walter nach Hause kommen wird — mein Gott, daran dachte ich noch gar nicht! Und doch ist es das am nächsten Liegende. Daß ich mich darauf freue und wie ich mich freue — ach, Germaine, das brauche ich dir nicht zu sagen. Ich kann es nur noch gar nicht fassen, es ist zu viel, was auf mich einströmt.“

Lokomotiven piffen, wieder ratterte ein Zug in die Bahnhofshalle ein. An den Fenstern Soldaten, Soldaten, Soldaten. Sie lachten, sie schwenkten die Mützen, sie winkten mit den Armen. Dazwischen lehten andere, müde, trogig, verbissen. Walter war nicht dabei. Die Mutter war schon vor zwei Stunden nach Hause gegangen, sie konnte sich nicht mehr auf-rückt halten. Jetzt war bereits Mitternacht vorüber, aber immer noch standen große Menschenmassen vor der Sperre und auf den Bahnsteigen. (Fortsetzung folgt.)

Der Heidrich-Prozess.

Die moralische Verantwortung der Kommunisten.

Die Strafkammer verurteilte, wie von uns bereits kurz registriert, den Schneider Herrn Heidrich, der im November d. J. in einer Gerichtsverhandlung den Polizeipräsidenten Jürgel als tätlich angegriffen hat, nach vierjähriger Verhandlung wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis.

In der bemerkenswerten Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Schlöme, folgendes aus: Der Ausdruck „Arbeitermörder“ war nicht als Beleidigung, sondern als formale Beschimpfung anzusprechen. Andererseits lag darin eine Behauptung, die für das Strafmaß von Bedeutung sein konnte. Deshalb hat das Gericht den Wahrheitsbeweis zugelassen, er ist aber nicht geführt worden. Es ist nicht erwiesen, daß der Zeuge Jürgel absichtlich vorsätzlich oder fahrlässig am Tod von Arbeitern bei der Maidemonstration schuld ist, daß er die Vorgänge an jenem Tage auch nur gewünscht oder auch nur geduldet hat. Nach amtlicher Auskunft hat er die ministerielle Verfügung niemals verschärft; im Gegenteil, er hat die Beamten zu besonderer Besonnenheit ermahnt. Als Polizeipräsident hatte er das Demonstrationsverbot durchzuführen; ob es zweckmäßig gewesen sei oder nicht, das zu entscheiden ist nicht Aufgabe des Gerichts, sondern des Oberverwaltungsgerichts. Auch eine Fahrlässigkeit konnte dem Zeugen Jürgel nicht nachgewiesen werden. Zweifellos sind Exzesse von Polizeimannschaften und Offizieren, Mißhandlungen und Täuschungen in verschiedenen Stadtteilen vorgekommen. Diese bedauerlichen Vorfälle, die nicht beschönigt werden sollen, sind aber nur den einzelnen Beamten zur Last zu legen, nicht aber dem Zeugen Jürgel, der damit nichts zu tun hat. Die vorgekommenen Nachschwierigkeiten beweisen nur, daß in der Berliner Polizei Elemente vorhanden waren, die in sie nicht hineingehörten. Andererseits muß festgestellt werden, daß Schußwaffen und Knüttel in vielen Fällen wohl Verwendung finden konnten. Der Film und die Beweisaufnahme haben ergeben, daß Plastersteine aufgerissen und Barrikaden errichtet wurden. Es ist der Polizei Widerstand geleistet worden. Eine moralische Verantwortung für die bedauerlichen Exzesse einzelner ihm unterstellter Beamter trifft den Polizeipräsidenten auf keinen Fall soweit, daß man ihn als Mörder bezeichnen darf. Wenn man schon von einer moralischen Verantwortung und Fahrlässigkeit sprechen wollte, so müßte dies auf diejenigen bezogen werden, die trotz des Verbotes die Demonstrationen am 1. Mai 1929 organisierten, obgleich sie wissen mußten, daß trotz aller vorgegebenen Taktik Massen in erregter Stimmung sich nicht halten lassen und Zusammenstöße mit der Polizei deshalb zwangsläufig entstehen müßten.

Der Satz für Hauszinssteuerhypotheken

Eine Erklärung der preussischen Staatsregierung.

Nach den maßgebenden Vorschriften über die Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken kann, so heißt es im Amtlichen Preussischen Pressedienst, der Zinssatz für solche Hypotheken auf Antrag der Bauherren erst dann von 3 auf 2 oder 1 Proz. herabgesetzt werden, wenn nach bezugsfertiger Herstellung der Wohngebäude die Hauszinssteuerhypothek voll zur Auszahlung gelangt ist, und zwar von dem auf die Erlangung dieser Voraussetzungen folgenden 1. April oder 1. Oktober ab. Da angesichts der veränderten Verhältnisse die Schlussraten der Hauszinssteuerhypotheken häufig erst nach Fertigstellung der Bauvorhaben an die Bauherren zur Auszahlung gelangen können, bedeutet die Vorschrift hinsichtlich des Zeitpunktes der Zinsherabsetzung für die Hauszinssteuerhypotheken eine wirtschaftliche Härte für die Bauherren wie vor allem auch für die Mieter der in Betracht kommenden Wohnungen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst weiter mitteilt, bestimmt mit Rücksicht hierauf der preussische Minister für Volkswirtschaft im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister, daß vom Beginn des Rechnungsjahres 1931 ab für die Herabsetzung des Zinssatzes für Hauszinssteuerhypotheken die bezugsfertige Herstellung des Bauvorhabens maßgebend ist, und daß als Zeitpunkt für den Beginn der Herabsetzung der auf die bezugsfertige Herstellung der Wohnungen sowie auf die Antragstellung folgende 1. April und 1. Oktober ohne Rücksicht darauf in Frage kommt, ob die Hauszinssteuerhypothek voll ausgezahlt ist oder nicht.

Als Beispiel wird angeführt: Ein Bauvorhaben wird im Juli 1930 bezugsfertig hergestellt, der Bauherr beantragt im August 1930 die Herabsetzung des Zinssatzes für die Hauszinssteuerhypothek von 3 Proz. auf 1 Proz. Bis zum 30. September 1930 kommt nur die Hälfte der Hauszinssteuerhypothek zur Auszahlung. Die Zinsherabsetzung kann in diesem Falle vom 1. Oktober 1930 ab genehmigt werden. Es werden also für die nach dem 1. Oktober 1930 auszahlende zweite Hälfte der Hauszinssteuerhypothek vom Tage der Auszahlung der noch folgenden Raten ab nur die ermäßigten Zinsen erhoben.

Haffbefehl gegen Rauh.

Der Potsdamer Skandal geht weiter.

Montagnachmittag wurde der von der Potsdamer Kriminalpolizei verhaftete Stadtbauinspektor Rauh vom Potsdamer Hochbauamt dem Richter Amtsgerichtsrat von Eckartsberg vorgeführt. Wegen Verdunkelungsgefahr erließ der Richter einen Haftbefehl gegen Rauh, der ebenso wie sein Vorgesetzter Kießling in das Potsdamer Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde.

Durch den Rechtsanwalt Kurt Zimmermann-Potsdam geht uns zu unserem Beitrag in Nr. 548 vom 23. November: „Bestechungsaffäre in Potsdam. Logenbrüder, die einander in die Hand spielen“, folgende Berichtigung von der „Druiden-Loge Sanssouci“ zu.

Es sind in Potsdam nie Gerüchte umgelaufen, nach denen Mitglieder der „Druiden-Loge Sanssouci“ bei Vergebung von Aufträgen von ihrem Logenbruder Kießling bevorzugt worden seien. Der verhaftete Stadtbauamtman Kießling ist nie Mitglied der „Druiden-Loge Sanssouci“ gewesen. Ebenfalls ist der Bauunternehmer Dübner, dem der Durchsicht des Bauhausberges in Potsdam übertragen war, Mitglied dieser Loge gewesen. Auch ist niemals ein Mitglied dieser Loge bei Verlegung seiner Rechnung durch Herrn Kießling bevorzugt worden. Es ist auch nicht richtig, daß ein Mitglied der Loge, das früher mittellos gewesen wäre, durch

Ehrenmänner!

Und ihre Geschäfte — Vom Favag-Prozess

Der Prozess, der den Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. (Favag) aufklären soll, bringt peinliche Enthüllungen über die Methoden privater Wirtschaftsführung. Das System, Gewinne und Extravergütungen in die eigene Tasche zu stecken, Risiko und Verluste aber dem größeren Verband oder der Allgemeinheit (hier also der Favag-Gesellschaft und ihren Gläubigern) aufzuhelfen, dieses System war bei der Favag zu höchster Vollendung ausgebildet.

So kam kürzlich zur Verhandlung das „Geschäft“ mit der Berliner Austunstei Wgs, Müller u. Co., Mutua Confidentia. Die Vorgänge sind so toll, wie sie ein Possenschreiber nicht trasser erfinden könnte. Diese Austunstei gehörte ursprünglich einem Herrn Gompory. Dieser gab sie an einen Herrn Frankl weiter unter Umständen, die mehr als ungewöhnlich sind. Zu Frankl kam ein Agent der Austunstei und hat ihm Auskünfte an; das Gespräch endete damit, daß der Agent sagte: „Nehmen Sie doch gleich die ganze Firma!“ Und so kam es auch. Zuerst sollte Frankl 500 000, dann 250 000 M. für den Laden zahlen, dann sollte er die ganze Firma umsonst bekommen, später sollte er einen Kredit von 100 000 M. dazu bekommen, schließlich wurde ihm die Rückzahlung des Kredits erlassen. So dringend war es Herrn Gompory, die Firma loszuwerden — und als Frankl 100 000 M. effektiv dazu bekam, übernahm er sie. Die Sache hatte nämlich einen Haken, und das waren die Verpflichtungen der Austunstei in Höhe von 360 000 M. Herr Frankl kümmerte sich darum nicht, sondern nahm zunächst eine Umgründung vor: er gründete eine neue Wgs, Müller u. Co. G. m. b. H. mit 100 000 M. Kapital.

Und diesen neuen Laden hängt Frankl den angeklagte Favag-Direktoren an, und zwar verkaufte er ihnen 75 Proz. der Anteile, ohne den hohen Verpflichtungen ein Wortchen zu sagen. Die Favag-Direktoren Becker und Kirschbaum glaubten ein

glänzendes Geschäft zu machen; deshalb übernahmen sie persönlich je 25 Proz. der Anteile. Als sich aber hohe Verluste ergaben, drehten sie die Sache so, als ob sie nur „Treuhand“ gewesen wären und übertrugen die Verluste auf die Favag. Frankl hatte also die Favag-Direktoren betrogen, und diese wieder betrogen die eigene Gesellschaft.

Die Sache kommt noch besser. Als Becker und Kirschbaum merkten, daß sie übers Ohr gehauen waren, machten sie großen Krach. Klagen wollten sie nicht, damit nicht bekannt würde, daß der — damals noch glänzende — Favag-Konzern dunkle Geschäfte machte. Aber sie erreichten, daß Frankl 100 000 M. zahlte und seine 25prozentige Beteiligung an der Wgs, Müller u. Co. auf die Favag übertrug. Becker und Kirschbaum aber, diese betrogenen Betrüger, haben Frankl nicht etwa hinausgeworfen, er wurde weiter als Agent einer Konzerngesellschaft der Favag beschäftigt, und er erhielt von Becker und Kirschbaum eine schriftliche Erklärung, in der er ausdrücklich als Ehrenmann bezeichnet wurde! Ehrenmänner — in der Verwaltung betätigten sie sich so zahlreich und gründlich, bis der Konzern mit einem Verlust von 30 Millionen Mark zusammenbrach.

100 000 Mark für vier Monate Dienst!

„Angemessene“ Gehälter in der Privatwirtschaft.

Im Favag-Prozess war zur Sprache gekommen, daß die Abwicklung der zusammengebrochenen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. (Favag) überwiegend hohe Kosten verursacht habe. Jetzt meldet sich der Rechtsanwalt und Notar Dr. Waller, einer der Liquidatoren, mit folgender Erklärung: Er habe nach dem Zusammenbruch der Favag und nach der Verhaftung ihrer Direktoren die Leitung übernommen. Er sei in Frankfurt vier Monate tätig gewesen. Dafür habe er nicht ein Honorar von 150 000 Mark bekommen, sondern nur 50 000 Mark. Dazu sei ihm für Ausgabe seiner Prokura und einer Syndikusstellung eine „Entschädigung“ von 50 000 Mark gezahlt worden. Wenn diese Regelung für die Favag nicht günstig gewesen wäre, dann hätten Aufsichtsrat und Reichsaufsichtsamt sicherlich das vereinbarte Schiedsgericht anrufen. Revisionskommission und Gläubigervertreter hätten diese Zahlungen für angemessen befunden.

Für vier Monate Tätigkeit 100 000 Mark, das macht ein Jahresgehalt von 300 000 Mark! Das ist nicht nur „angemessen“, das ist sogar „günstig“! Die Direktoren der Favag haben solange glänzende Geschäfte gemacht, bis der ganze Konzern pleite war. Das glänzendste Geschäft aber scheint doch die Abwicklung dieser Pleite gewesen zu sein!

Öffentliche Kundgebungen

Am Mittwoch, dem 2. Dezember, nachmittags 19 Uhr Lokal Habertus, Nahlsdorf-Süd, Cöpenicker Allee 100 Referent: Karl Dressel.

Am Donnerstag, 4. 3. Dezember, in Friedrichshagen öffentliche Protestkundgebung der Partei und des Reichsbanners im großen Saal, Friedrichstraße 137 Referent: Kurt Heinig, M. d. B.

Thema in beiden Kundgebungen: „Sozialismus oder Faschismus?“

Gestaltet durch regen Versammlungsbesuch die Veranstaltungen zu einem machtvollen Bekenntnis gegen den Faschismus!

Ausführungen von Aufträgen bei der Stadt Potsdam so reich geworden ist, daß es sich ein Haus, Autos und anderes mehr anschaffen konnte. Kein Mitglied der Loge hat mit den Arbeiten, bei deren Vergabung Durchsuchereien erfolgt sein sollen, irgend etwas zu tun gehabt. Das gleiche gilt für den Beamten der städtischen Verwaltung, der Mitglied der Loge ist. Dieser gehört dem Hochbauamt und nicht dem Tiefbauamt Potsdam an.

„Familiengeheimnisse“, wie sie Kinder sehen.

Elternhaus und Schule gehören zusammen.

Die weltliche Schule in der Putzuffer Straße 3 veranstaltete eine Ausstellung, in der ein Teil ihrer Unterrichts- und Erziehungsarbeit gezeigt wurde. Die Ausstellung diente vor allem dem Ziel der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule. Die große Teilnahme der Elternschaft bedeutete einen vollen Erfolg dieser Arbeit. Wir möchten besonders den Teil der Ausstellung hervorheben, der die Arbeit der Grundschule zeigt. Hier ist Vorbildliches geleistet worden. Die Zeichnungen und Malereien, Arbeiten in Plastilin, die Aufsätze und Niederschriften, geschnitten mit farbigen Ornamenten, zeigen, mit wie feinem Verständnis für kindliche Psyche hier ein Ziel erreicht wird. Man merkt jeder Arbeit an, daß sie mit Freude gemacht ist. Ein Beispiel: Es sollen Zeitwörter geübt werden. Das kann ungeheuer langweilig sein. Und hier? Eine Aufgabe zeigt es: Was die Leute alles tun! In kleinen Strichzeichnungen drückt das jedes Kind aus. Und daneben wird das Wort geschrieben. Diese Verbindung von Schrift und Zeichen, auf den Ursprung aller Schriftentwicklung zurückgehend, wird den Kindern nun anregenden ausdrucksvollen Tun. Jeder kleine Aufsatz, jede Niederschrift bildet eine abgeschlossene Arbeit, ein kleines Buch, an dem sich der Schmutztrieb der Kinder auswirken kann. Der Buchdeckel, die Schrift werden dekorativ gestaltet. Kleine Illustrationen schmücken den Text.

Besonders interessant sind einige Statistiken, die bildmäßig und typographisch gut von den Kindern gemacht wurden. Eine ist „Familiengeheimnisse“ überschrieben: Sechs unserer Eltern lesen keine, 13 unserer Eltern eine bürgerliche und 23 eine proletarische Zeitung. Ferner wollen wir aus der Ausstellung erwähnen, was im Werkunterricht gezeigt wurde. Im handwerklichen Arbeiten der Mädchen. Die Anaben zeigen, was sie im Buchbinden und in der Holzarbeit leisten. Reizendes Spielzeug: Eisenbahn, Flugzeuge, Gebrauchsgegenstände wie Blumenstöcke, Blumenbretter, Kaktusständer, Schränkchen, ja sogar Gegenstände mit schwierigen Holzverbindungen sind hergestellt worden.

Bei „Vaisern“ und „Klingelrollern“.

Der Verein für Züchter und Liebhaber des Kanarienvogels zu Berlin veranstaltete in den Räumen des Restaurants Engelhardt in der Brunnenstraße seine 28. Jahresausstellung. Die außerordentlich reich besetzte Schau bot eine Fülle von gutem Material, das die Mitglieder aus eigener Aufzucht beigetragen hatten. Den 1. Preis und den Ehrenpreis für beste „Hohlrolle“ errang Albert Hein, den 2. Preis Karl Delberg für beste „Pfeife“. In der Allgemeinen Klasse, die ältere und gefaupte Vögel umfaßt, erhielten Karl Delberg den 1. Preis, und Otto Walde aus Buchholz den 2. Preis. In den Ausstellungsräumen hatte sich während der Ausstellungsstunde ein großer Sängerkreis gebildet, der selbst in später Abendstunden noch kein Ende nehmen wollte. Die Meister der Kunst wissen sehr feine Unterschiede bei ihren Stimmen

gesteuerten Sängern zu machen. Man leiht das „Kanariensied“ in verschiedenen Abteilungen und es schießt derjenige Züchter den Vogel ab, der seinen Vogel die besten Künste beigebracht hat. Ein richtiger Kanarienvogel versteht das Hohlrollen, Knorren, Schoteln, Pfeifenklingen, Glucken, Wasserrollen, Hohlklingen und Klingelrollen. Aber man muß schon jetzt in dieser Kleinwelt der Tierliebhaber aufgeben, um alle die Dinge zu verstehen, die für die Besitzer von Kanarienvögeln von Wichtigkeit sind.

Autoritäre oder gesellschaftliche Erziehung?

In einer von mehreren hundert Studenten besuchten Veranstaltung der Sozialistischen Studentenschaft sprach in der Universität Genosse Dr. Kurt Löwenstein über das Thema: Autoritäre oder gesellschaftliche Erziehung? In feisenden Ausführungen zeigte der Vortragende die Bedingtheit des Erziehungsprozesses und seiner Formen durch die jeweilige gesellschaftliche Struktur. Die Geschichte der Erziehung ist ein Abbild der gesellschaftlichen Entwicklung, ist bestimmt durch die technische Produktionsweise und die sozialen Beziehungen der arbeitenden Menschen. In der sozialistischen Erziehung normiert sich das Bewußtsein einer sich befreienden Gesellschaft und der seine Kraft erlernende Wille des Proletariats zu bewußter Gestaltung des öffentlichen Lebens. Diese Konzeption einer Erziehung ist keine Utopie, sondern ein aus der historischen Realität entstehendes, die Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung ausdrückendes Prinzip der Erziehung. Verwirklicht ist die sozialistische Erziehung in den Gruppen der Kinderfreunde- und Bewegung. Hier schaffen die Gemeinschaftsorganisationen, die einheitliche Kleidung usw. ein neues Bewußtsein der sozialen Verantwortung und den Willen und die Fähigkeit zu demokratischer Verwaltung der Gemeinschaft.

Leber die Beisung des Generaldirektors Schünings von der Behala, der gestern freiwillig seinem Leben ein Ende machte, sind bisher noch keine endgültigen Dispositionen getroffen. Es ist möglich, daß die Familie eine Trauerfeier im engsten Kreise wünscht. Die Beschlagnehmung der Leiche durch die Staatsanwaltschaft — eine bei Selbstmorden übliche Maßnahme — war am gestrigen Montag noch nicht wieder aufgehoben, doch wird damit gerechnet, daß am heutigen Dienstag ohne weiteres die Freigabe erfolgen wird, da nach dem ganzen Befund an einem Freitod nicht zu zweifeln ist. Außerdem haben jetzt die Angehörigen Schünings den die Untersuchung führenden Beamten mitgeteilt, daß er bereits in den letzten Tagen, als seine Suspension vom Amt erfolgte, Selbstmordgedanken geäußert hat, die man allerdings nicht ernst nahm. Diese Suspension scheint ihn zu dem Entschluß, seinem Leben ein Ende zu bereiten, getrieben haben, nachdem er wohl bis zuletzt noch gehofft hatte, daß man von einer solchen Maßnahme gegen ihn absehen würde.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin G 14, Seebahnstr. 37-38 Hof 2. Etz.
Potsdam (Vorträge): Die für Mittwoch, 2. Dezember, angelegten Jugendversammlungen fallen aus. Potsdam (Vorträge): Esmühle Kameradschaftsungen am Dienstag, 1. Dezember, fallen aus. Nächste Kameradschaftsungen am Dienstag, 2. Dezember, an gewöhnlicher Stelle.

Verband „Arbeiterreform“, e. B. Sitz Berlin. Öffentliche Mitgliederversammlung Donnerstag, 4. Dezember, 10 Uhr, Eintracht-Hallen, Neue Promenade 9-10, am Stadthausbogen Bahnhof Postf. Freitag, den Herrn Horrer Berlin von der Himmelschützstraße über „Die Stellungnahme der evangelischen Kirche zur Eheerbschaft“. Gäste willkommen.

Zum Zähneputzen merkt Euch wohl, braucht man die Pasta von Odol

Jetzt ist es genug!

Aufhäufers Mahnruf an alle.

Zur Mittelpunkt der Beratungen der 3. Bezirkskonferenz des AFA-Bezirksstellens Brandenburg am Sonntag im Gewerkschaftshaus stand ein Vortrag des Bundesvorsitzenden Genossen Aufhäufers: „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften.“

Der Referent unterzog hauptsächlich die sogenannten wirtschaftspolitischen Leitsätze der Reichsregierung nach dem Abschluß der Beratungen des Wirtschaftsbeirats der Kritik. Die Verwirklichung dieses Wirtschaftsprogramms müßte zwangsläufig eine neue Schrumpfung der Produktion und des Warenmarktes zur Folge haben. Wenn man von der eindeutigen Zurückweisung aller inflationistischen Pläne absteht und von der leider ebenso eindeutigen Betonung der „Notwendigkeit“ eines neuen Abbaus der Löhne und Gehälter, enthalten die Leitsätze der Reichsregierung nur Halbwahrheiten. Das gilt sowohl hinsichtlich des Ausgleichs der öffentlichen Haushalte als auch der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Banken, der Zinsen, der Tarife der öffentlichen Unternehmungen, der Preisentwertung usw.

Nur bezüglich der Löhne und Gehälter hat die Regierung ihre Absichten deutlich ausgesprochen.

In der Frage der Verbindlichkeitsklärung und des gesamten Tarifvertragswesens ist zwar nicht ganz eindeutig gesagt, welcher Kurs genommen werden soll; die Formulierung der Leitsätze über die „Auslockerung“ der Tarife und ihre „Anpassung“ an die wirtschaftliche Entwicklung lassen jedoch erkennen; daß das Tarifvertragswesen ausgehöhlt werden soll. Mit größerer Deutlichkeit, als sie in den Leitätzen enthalten ist, brachte Genosse Aufhäufers unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer zum Ausdruck, daß die Reichsregierung sich irrt, wenn sie glaubt, die Gewerkschaften würden diese Aushöhlung der Tarife zulassen. Die Gewerkschaften müssen an die Regierung auch den dringenden Appell richten, dem müßten Treiben gegen die Republikaner nicht mehr länger tatenlos zuzusehen. Das Dokument von Darmstadt ist nicht nur ein Dokument der sittlichen Verwahrlosung der Nazis, sondern auch der Schwäche der Reichsregierung. Wenn die Regierung nicht bald die Entschlußkraft aufbringt, den Republikanern Schutz

zu gewährleisten, werden schließlich die großen Massen der Arbeiter und Angestellten gezwungen und auch in der Lage sein, den Weg für die notwendige Selbsthilfe zu finden. Auch die freien Gewerkschaften werden im Abwehrkampf gegen den Faschismus die Bundesgenossen dort suchen, wo sie zu finden sind. In den nächsten Monaten wird das Schicksal der deutschen Arbeiter- und Angestelltenbewegung davon abhängen.

wer am längsten die Ketten behält.

Die Konferenz stimmte einstimmig einer Entschließung zu, die die Ausführungen des Genossen Aufhäufers widerspiegelt. Es heißt in ihr zum Schluß, daß der neue Angriff der Regierung auf die sozialen Rechte und den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten den politischen und gewerkschaftlichen Kampf auf der ganzen Linie entfesseln muß und die Gewerkschaften diesen Kampf, wenn ihn die Reichsregierung auslöst, zu führen wissen werden.

Genosse Göring vom AFA-Bund sprach über den Kampf der freien Angestelltenvereinigungen um die Angestelltenversicherung und die voraussichtlich im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen zur Angestelltenversicherung. Er wandte sich vor allem gegen die Bestrebungen, die Invalidenversicherung mit Hilfe des Vermögens der Angestelltenversicherung zu sanieren. Genau so wie die Arbeitervertreter im Parlament die Angestellten in diesem Abwehrkampf unterstützt haben, werden das auch die Angestelltenvertreter gegenüber den Arbeitern in ihrem Ringen um die Erhaltung der Leistungen der Invalidenversicherung tun. Mit allem Nachdruck unterstrich der Referent die Forderung des AFA-Bundes, endlich für die Angestelltenversicherung ein gerechteres Wahlsystem einzuführen.

Ergänzend zu den Vorstandswahlen ist noch zu berichten, daß in den geschäftsführenden Vorstand des Bezirksstellens als Vertreter des Butab der Genosse Günther gewählt wurde. Allgemeines Interesse erweckte bei den Konferenzteilnehmern die Ausstellung neuartiger Treibräder durch die Metallbildner Berlin, einer Betriebsabteilung der Wasserhütte, Berlin. Dieses neue Verfahren ermöglicht eine äußerst wirkungs- und stilvolle Herstellung von Firmenschildern, Reklameplakaten usw.

von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und vor allem der immer stärker fortgeschrittenen Lohnabbau machen heute eine Arbeitsstreckung in einer Form, wie sie noch vor Jahresfrist möglich gewesen wäre, undurchführbar. Man kann natürlich nicht die Löhne uferlos abbauen und dann noch die Arbeitszeit und auch noch ohne Lohnausgleich verkürzen.

Ein trauriges Kapitel. Weder ein Ruhmesblatt für das deutsche Unternehmertum noch für die Reichsregierung. Im Mai wollte Herr Stegerwald die Bierzigstundenwoche verordnen. Im November begründet er sie. Er hat soviel Energie an dem Lohnabbau verschwendet, daß ihm für die Bierzigstundenwoche nichts mehr übrigbleibt.

Ist das die Überwindung der Krise? Werden so die Arbeitslosen wieder in die Produktion eingereiht? — Für die Arbeitslosen hat man schöne Worte, für die Unternehmer Laten — wenn auch nicht schöne.

Eingestandener Schwindel.

Wie unsere Leser wissen, hatte die „rote Fahne“ behauptet, Genosse Ulrich habe bei den Schlichtungsverhandlungen über die Neuregelung der Löhne in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller einen Lohnabbau von 6 Proz. angeboten. Der Schwindel ist so handgreiflich, daß er keiner Widerlegung bedarf. Wenn von den Gewerkschaftsvertretern selbst ein Lohnabbau von 6 Proz. angeboten worden wäre, dann würde der Schiedspruch sicher noch um einige Prozent darüber hinausgegangen sein. Tatsächlich sind die Löhne aber überhaupt nicht gekürzt worden.

Von uns gestellt, bringt das Blatt jetzt seine „Beweise“. Und die sehen so aus: In Darmstadt, Frankfurt, Niedersachsen, Eberswalde usw. wurden Schiedsprüche gefällt oder Vereinbarungen getroffen, die einen Lohnabbau vorsehen. Also hat Ulrich einen Lohnabbau von 6 Proz. vorgeschlagen!

Gegen solche „Beweise“ läßt sich freilich nichts sagen. Höchstens, daß damit das Bolschewistenblatt eingesticht, beweistlos verleumdet zu haben.

Erst verleumden, dann kneifen.

Wie die Unternehmer „Stimmung“ machen.

Wie gewissenlos die Hege der Unternehmer und ihrer Presse gegen die Sozialversicherung und insbesondere die Krankenversicherung ist, zeigt ein Erlebnis, das der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit der „Textil-Zeitung“ hatte und über das in der Nr. 48 der Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V., Berlin, „Deutsche Krankenkasse“ berichtet wird.

Am 6. Oktober behauptete diese Zeitung in einer Notiz, daß sich die Leiter von Ortskrankenkassen unter Deckung und Billigung der maßgebenden Aufsichtsbehörde Gehälter bewilligen und Positionen haben zuteilen lassen, die in keinem Verhältnis zu ihren Aufgabengebieten und den vorhandenen Geldmitteln stehen. Schon am nächsten Tage fragte der Hauptverband bei der „Textil-Zeitung“ an, um welche Ortskrankenkasse es sich hier handle, da er ein Interesse daran habe, etwaige Mißstände bei seinen Verbandsstellen abzustellen. Postwendend erwiderte die Schriftleitung, daß sie die Anfrage an den zuständigen Mitarbeiter weitergeleitet habe und sich die weitere Mitteilung bis nach dem Empfang dieser Antwort vorbehalten müsse.

Die Redaktion ließ jedoch mit der Antwort auf sich warten, so daß schließlich der Hauptverband am 23. Oktober an die zugelegte Auskunft erinnerte, worauf die Redaktion der „Textil-Zeitung“ wie folgt erwiderte:

„Am Anschluß an unser Schreiben vom 9. Oktober und in Erwiderung Ihres Schreibens vom 23. Oktober teilen wir Ihnen mit, daß wir leider Ihnen gegenüber das Redaktionsgeheimnis nicht brechen können. An und für sich ist ja auch der Tatbestand so deutlich unschwer, daß es bei Ihren guten Beziehungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Ihnen wahrscheinlich ja diese Fälle insgesamt sehr genau bekannt sein dürften, nicht nötig ist, Ihnen noch konkrete Angaben zu machen.“

Ein nochmaliges Schreiben an die „Textil-Zeitung“ wegen der kuriosen Verhöhnung hinter dem Redaktionsgeheimnis blieb einfach unbeantwortet. Dieser Teil ist typisch für die Art, wie von den Unternehmern der Kampf gegen die Krankenversicherung geführt wird. Man beschuldigt einfach verantwortliche Personen der Krankenkassen, sie hätten sich die schwersten Verfehlungen zuschulden kommen lassen, man behauptet sogar, die Aufsichtsbehörden hätten solche Verfehlungen obendrein noch geduldet, und wenn den Anschuldigungen nachgegangen werden soll, versperrt man den Weg dazu mit dem in diesem Falle völlig unangebrachten „Redaktionsgeheimnis“. Diese Art Propaganda ist der verleumderischen Propaganda der Nazis und Kozis durchaus ebenbürtig.

Appell der Maschinisten.

Zur Arbeitszeitverkürzung, gegen Lohnabbau.

Nach einem instruktiven Vortrag des Genossen Eggert nahm der Beirat des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer einstimmig folgende Entschließung an:

Der Verbandsbeirat, Verbandsausschuß und Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, die am 29. November 1931 im Verbandshaus in Berlin tagten, weisen erneut die Regierung auf die katastrophalen Folgen der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit hin. Unser Beruf, der infolge seiner wirtschaftlichen Bedeutung als Gradmesser der Beschäftigung der Industrie angesehen ist, zeigt die gleichen ungünstigen Erscheinungen wie alle anderen Berufsgruppen der Schlüsselindustrien.

Der Zentralverband fordert, daß endlich Maßnahmen ergriffen werden, die Massenarbeitslosigkeit durch starke Herabsetzung der Arbeitszeit zu mildern. In Wiederholung des Beschlusses unseres Verbandstages in Dresden fordern wir mit allem Nachdruck die Durchführung des Bierstichtensystems in allen durchgehenden Betrieben.

Das sinnlose Drängen der Unternehmer auf immer neue Senkung der Löhne und Gehälter, deren Endwirkung eine unerträgliche Herabsetzung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft bedeutet, veranlaßt die Konferenz, wiederum von der Regierung zu fordern, ihre Schlichtungsorgane anzuweisen, jeden Versuch, die Löhne und damit die Lebenshaltung herabzubringen, zu verhindern, um so mehr, als die von der Regierung zugelegte Preisentwertung der Lebenshaltungskosten bisher in fühlbarer Weise nicht eingetreten ist.

25 Jahre Gewerkschaftsdienst.

Wenn ein Gewerkschaftsangehöriger sein 25jähriges Dienstjubiläum begeht, so bedeutet das nicht, daß er erst 25 Jahre lang im Organisationsleben steht. Auch Max Grogan, der Kassierer der Berliner Mitgliedschaft des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder, der heute, am 1. Dezember, sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter feiert, war bereits 10 Jahre vorher als ehrenamtlicher Funktionär in seinem Verbandsamt tätig. Genosse Grogan war und ist so „nebenbei“ in verschiedenen anderen sozialen Funktionen tätig und auch im Parteilife hat er seit einem Vierteljahrhundert seine Pflicht erfüllt. Wir können uns daher nur dem Wunsch seiner Verbandskollegen anschließen, daß es Max Grogan noch viele Jahre vergönnt sein möge, seine Tätigkeit fortzusetzen.

Betriebsaktien beim Bezirksamt Schneberg, Morgen, Mittwoch, 10 Uhr, Kolof W. Schneberg, Martin-Luther-Str. 69, Fraustadt, Sammlung. Genosse Hans Blittner: „Die Gefahr des Faschismus“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr laden die Gruppen: Landsberger Weg; Jugendheim Landsberger Str. 20, Heimbefprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Wilmersdorf: Gruppenheim Wilmersdorf, Bismarckstr. 1, Heimbefprechung, Lieberabend. — Schöneberg: Jugendheim Kleberstraße, Heimbefprechung, (Waldschule in Keller), Heimbefprechung. — Vanthorn: Jugendheim Rikmannstr. 48, Zimmer 2, Heimbefprechung. — Gewerkschaftsbau: Anhalter Str. 25, Saal 2, Heimbefprechung. — Wehling: Jugendheim Finkenstraße 3, 2. Treppen, Zimmer 11, Heimbefprechung. — Unter Weichholz, und Siederstraße. — Neuhagenberg: Jugendheim Guntersdorf, Heimbefprechung. — Frankfurter Allee: Süd, Jugendheim Sauer Str. 18, Heimbefprechung. — Lichtenberg: Jugendheim Döllstr. 22, Heimbefprechung und Verbandsbuchkontrolle. — Oranienburg: Jugendheim Karibach, Treppenhalle 44 (Kantile), Saal ab 19 Uhr, Heimbefprechung. — Tempelhof: Jugendheim Glienstr. 3 (am Bahnhof Tempelhof), Heimbefprechung, Lieberabend. — Steglitz: Jugendheim Riemingstr. 14b, Heimbefprechung. — Moabit: Jugendheim Bremer Str. 69-70, Heimbefprechung, Lieberabend, Verbandsbuchkontrolle. — Spandau-Wilhelmshagen: Jugendheim Sportplatz Seeburger Ecke, Heimbefprechung. — Jugendgruppe des Zentralverbandes der Schuhmacher: Zusammenkunft der Jugendkommission im Büro, Anhalter Str. 25. — Karten für die Jugendversammlung der Volksbühne am 6. Dezember sind noch zum Preise von 20 Pf. in der Jugendzentrale erhältlich.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lustenberg: Wie besuchen die Verammlung des Bezirkes. — Rosenthal: Jugendheim Lützner Str. 18-19, Kurzreferate. — Döberitz: Wie besuchen die Verammlung des Bezirkes. — Südwest: Wie besuchen die Verammlung des Bezirkes. — Der Sport- und Bewegungssport abt ab 10 Uhr in der Turnhalle Paritther Str. 2. — Karten für die Jugendversammlung der Volksbühne am 6. Dezember zum Preise von 20 Pf. sind in Jugendsekretariat zu haben.

Zum Schutz gegen Grippe, Erhaltungskrankheiten, Mandel- u. Nasentzündungen. Panflavin (PASTILLEN).

Stegerwald und fein Wort.

Um den Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Der Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe, der einen Lohnabbau von rund 5½ Prozent (Kürzung des Spitzenlohnes von 55 auf 52 Mark) vorsieht, ist von den Gewerkschaften einstimmig abgelehnt worden. Der Unternehmerverband (Deutscher Buchdrucker-Verein) hat dem Spruch natürlich zugestimmt und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Nachverhandlungen finden heute im Reichsarbeitsministerium statt.

Dem Reichsarbeitsminister wird also noch einmal Gelegenheit gegeben werden, zu seiner Erklärung zu stehen, er sei gegen eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle. Den Buchdruckern sind die Tariflöhne in diesem Jahre bereits um sechs Prozent abgebaut worden. Mit dem Argument der Exportsteigerung ist hier auch nichts zu machen. Außerdem handelt es sich nicht etwa um einen besonders gelagerten Einzelfall, sondern um einen Reichstarif, also um einen zweiten, allgemeinen Lohnabbau. Herr Stegerwald wird also zu seinem Wort stehen können. Ein Fall, der längst aufgehört hat, ungewöhnlich zu sein.

Der Metallkampf in Köln.

Köln, 30. November (Eigenbericht). In den Deuger Motorenwerken wurde am Montag die Arbeit nach einer Aussperrung von drei Wochen wieder aufgenommen. Beide Parteien verständigten sich über eine Akkordsenkung von 6 bis 8 Proz., während der Arbeitgeberverband ursprünglich Akkordkürzungen bis zu 25 Proz. forderte.

Am Humboldt-Werk geht die Bewegung zunächst noch weiter. Die Verwaltung des Werkes, das ebenso wie die Deugler Motorenwerke dem Aldiner-Konzern angehört, sucht bei allen Arbeitssachern des Westens bis nach Hannover Maschinenbauer. Sie macht die tollsten Versprechungen und fordert sogar Lokomotivarbeiter an, obwohl bereits seit zwei Jahren im Humboldt-Werk keine Lokomotive mehr gebaut wird.

In Guskirchen haben die Stahlhelmer ihre Mitglieder in einer Verammlung aufgefordert, in das Humboldt-Werk als Streikbrecher zu gehen.

Die Metallarbeiter werden dringend gewarnt, Arbeitsangebote für das Humboldt-Werk anzunehmen und so den kämpfenden Kölner Metallarbeitern in den Rücken zu fallen.

Bierzigstundenwoche abgewürgt.

Lohnabbau verhindert sie.

Die Arbeitszeitverkürzungsfrage ist auf einem toten Fleck. Der Plan, per Verordnung die Bierzigstundenwoche wenigstens noch in einigen Industriezweigen einzuführen, ist wieder fallen gelassen worden. Auch für das Buchdruckgewerbe wurde die Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung zurückgestellt, und so wird es auch bei der Textilindustrie und der Industriegruppe Steine und Erden kommen.

Das Unternehmertum hat es fertig gebracht, die Arbeitszeitverkürzung zu hintertreiben. Die Ausschaltung eines gerechten Lohnausgleichs, die Ablehnung zwangsläufiger Wiedereinrichtung

JUNO 6 Stück 20 8

Eine Milliarde Steuerverluste.

Schätzung der Reichseinnahmen wird revidiert.

Die Verschärfung der Krise prägt sich trotz der verschiedentlich scharfen Steuererhöhungen in einem anhaltenden Sinken der Steuereinnahmen des Reiches aus. Dieser Entwicklung hat sich das Reichsfinanzministerium nunmehr soweit angepasst, daß die Steuererträge für das Rechnungsjahr 1931 (April-März) neu veranschlagt worden sind. Diese neuen Schätzungen sind jetzt veröffentlicht worden. Gegenüber dem Voranschlag des vom Reichstag verabschiedeten Haushaltsplanes werden nunmehr die Besitz- und Verkehrssteuern um 750,5 Millionen und die Zölle und Verbrauchsabgaben um 276,1 Millionen weniger veranschlagt. Damit werden die gesamten Einnahmen des Reiches um mehr als 1 Milliarde niedriger angesetzt.

Die Reichseinnahmen im Oktober zeigen ein etwas günstigeres Bild als in den vorhergehenden Monaten. Dies ist einmal auf den fälligen Quartalstermin für Vorauszahlungen und auf die vierteljährlichen Lagerabrechnungen bei den Zolleinnahmen zurückzuführen. Außerdem wurde im Oktober zum erstenmal die Kräftesteuer bei den veranlagten Einkommen erhoben. — Die Gesamteinnahme im Oktober betrug mit 803,4 Millionen um rund 189,4 Millionen Mark hinter den Einnahmen im Oktober 1930 zurück. Das Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern stellte sich auf 603,8 Millionen und aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben auf 289,6 Millionen Mark.

Wie gemogelt wird.

Ueber die Erfolge der Buch- und Betriebsprüfung veröffentlicht das Reichsfinanzministerium eine Mitteilung, wonach im Rechnungsjahr 1930 insgesamt 57.693 Nachprüfungen in den gewerblichen und industriellen Betrieben stattgefunden haben. Die Gesamtsumme des rechtskräftig festgestellten Mehrbetrages beläuft sich insgesamt auf 184,8 Millionen für Reichsteuern und 31,4 Millionen für Landessteuern, was insgesamt einen Steuermehrbetrag von 216 Millionen Mark ausmacht. — Wegen Steuerhinterziehung wurden insgesamt Geldstrafen in Höhe von 3,70 Millionen verhängt. Die guten Leistungen der Steuerpolizei werden dadurch gekennzeichnet, daß es gelungen ist, mit Hilfe der Buch- und Betriebsprüfung die Steuermehrbeträge gegenüber 1929 um 24,5 Proz. zu steigern.

Der Eindruck des „Weltbühne“-Urteils.

Unterhausanfrage. — Bericht aus Berlin angefordert.

London, 30. November.

Im Unterhaus brachte Sir Austen Chamberlain die jüngsten Hochverratsurteile in Deutschland zur Sprache. Er fragte den Außenminister, ob er in Anbetracht der Rückwirkungen der jüngsten staatsanwaltschaftlichen Vorgehen in Deutschland auf die Frage der Abrüstung und der Ausgabebegrenzung für die Rüstungen dem Unterhaus irgendwelche Angaben über die Gründe machen könne, die zu der Verurteilung eines Ausländers durch das Gericht in Breslau wegen Hochverrats geführt habe, und zwar anlässlich seiner Teilnahme an einer Versammlung des Stahlhelm — einer Körperschaft, die von der deutschen Regierung als eine private Organisation ohne militärische Ziele bezeichnet wurde. Ferner fragte Sir Austen Chamberlain, ob der Außenminister die Umstände erläutern könne, unter denen ein deutscher Redakteur und Flieger von dem obersten Gerichtshof in Leipzig wegen Preisgabe von militärischen Geheimnissen in einem Artikel über den Haushalt des Lloydflugwesens des Reiches verurteilt worden sei. Sir John Simon antwortete, daß er den englischen Geschäfts-träger in Berlin ersucht habe, über diese Dinge zu berichten. Er werde das Ergebnis dem ehrenwerten Mitglied des Unterhauses dann mitteilen.

Thälmann verbreitet Lügen.

Eine gepfefferte Antwort aus Hamburg.

Der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, veröffentlicht in der „Roten Fahne“ vom Sonntag, dem 29. November, einen Leitartikel über die „Einheitsfront“. Darin stellt er neben vielen anderen Ungereimtheiten folgende Behauptung auf:

„Bilden sie sich wirklich ein, die Arbeiter hätten das sozialdemokratische Wort des Hamburger Abgeordneten Döhrendorf vergessen: „Eleber zehn Nazis als einen Kommunisten im Präsidium der Hamburger Bürgerchaft!“ Sie unterschätzen das Gedächtnis und den Verstand der deutschen Arbeiter gründlich.“

Der Vorsitzende der KPD, macht sich mit dieser Behauptung zum

Verbreiter einer skrupellosen Verleumdung.

die von dem kommunistischen Hamburger Bürgerchaftsabgeordneten André aufgestellt worden ist. Wegen dieser Behauptung, die zum ersten Male am 4. November in der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ erschien, hat unser Parteiblatt, das „Hamburger Echo“, Herrn André „einen notorischen Verleumder“ genannt und ihn mit folgenden Worten zur Klage aufgefordert:

„Unser verantwortlicher Schriftleiter ist nicht wie Sie, Herr André, immun; er kann deswegen jederzeit von Ihnen vor Gericht gestellt werden. Unser verantwortlicher Schriftleiter weiß auch, daß die absichtlich gehaltene scharfe Formulierung ihm eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung bringen wird. Er ist bereit, diese Verurteilung auf sich zu nehmen, um vor Gericht Gelegenheit zu haben, den Schwandel der „Hamburger Volkszeitung“, den Sie mit Ihrer unwahren Erklärung unterfüttern, aufdecken zu können. Herr André, klagen Sie!“

Der Aufforderung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, ist André nicht nachgegeben. Die „Hamburger Volkszeitung“ versucht mit der Ausrede, es handle sich um eine politische Frage, auf die die „entkornen Demokraten“ antworten müssen, den André zu schlingen. Das „Hamburger Echo“ hat seine Aufforderung an André, zu klagen, wiederholt. Es hat André weitere zwei Male wegen derselben Angelegenheit als „notorischen Verleumder“ bezeichnet. André hat diese Bezeichnung immer noch ohne ein Wort des Widerspruchs oder der Abwehr auf sich sitzen lassen.

Nachdem jetzt auch Thälmann an der Spitze des kommunistischen Zentralorgans jene verleumderische Behauptung auf sich gemacht hat, richtet das „Hamburger Echo“ heute an Thälmann eine Antwort, in der es den Vorsitzenden der KPD öffentlich der Lüge bezichtigt und feststellt, daß er sich als Hamburger Reichstagsabgeordneter und Bürgerchaftsmitglied nicht scheut, eine skrupellose Verleumdung weiter zu verbreiten obwohl er weiß, daß der Verleumder zu feige sei, vor Gericht einen Beweismittelbeweis für seine Behauptung zu versuchen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag an den Reichstagspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstags am 4. Dezember beschließen soll.

Schloß Hohehorst unterm Hammer.

Das Prunkschloß der Labu'e gelangt dieser Tage zur Versteigerung.



Hitler: „Diesen Palazzo könnte ich auch noch für mich brauchen!“

Die Budapester Putschpläne.

Verraten und rechtzeitig verhindert.

Budapest, 30. November. (Eigenbericht.)

Die Polizei hat nach zahlreichen Hausdurchsuchungen bei monarchistischen Elementen festgestellt, daß in der Nacht zum Sonntag ein Putsch veranlaßt und die Militärdiktatur in Ungarn ausgerufen werden sollte. Alle erforderlichen Vorbereitungen dazu waren getroffen. Durch Verrat erhielt die Polizei von den Abhängigen Kenntnis und schritt zu zahlreichen Verhaftungen. Unter den festgenommenen Personen befinden sich zahlreiche berüchtigte Terroristen aus der blutigen Anfangszeit des weißen Schreckens.

Das sozialdemokratische Organ in Budapest wurde wegen einer Besprechung der Putschpläne konfisziert.

Eine amtliche Darstellung.

Budapest, 30. November.

Heute abend wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, die die jüngsten Nachrichten in fast allen Einzelheiten bestätigt. Aus der Mitteilung ist noch hervorzuheben, daß die Ziele der Bewegung teils auf die Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung, teils auf gemeine Verbrechen gerichtet waren. In die Kasernen der Honvéd und der Polizei hätten sich die Beteiligten mit Hilfe gefälschter Befehle Eingang verschaffen wollen, um sodann eine Diktatur, und zwar irgendeine sowjetartige (??) Staatslenkung ins Leben zu rufen. Der Handreich wurde aus bisher unbekanntem Gründen von dem ursprünglich in Aussicht genommenen 21. November verschoben, hätte aber am 28. November unter allen Umständen ausgeführt werden sollen, da die Verschwörer bemerkt hätten, daß die Behörden von ihren Absichten Kenntnis bekommen hätten. Die Regierung traf jedoch die notwendigen Vorkehrungen und begann bereits am 27. November mit der Verhaftung der Rädelsführer und ihres Anhangs, schon um zu verhindern, daß falsch unterrichtete Personen

unter patriotischen Schlagworten

zu Verbrechen bewogen würden, andererseits um durch rasches und energisches Einschreiten den Beweis zu erbringen, daß sie allen flüchtenden Verführern gegenüber imstande sei, Recht, Ordnung und Sicherheit zu schützen. Aus den bisherigen Verhören läßt sich feststellen, daß hinter den Putschisten keine Massen standen und daß sie keiner im Reichstag vertretenen politischen Partei angehören. Unter den Verhafteten befinden sich sowohl Personen, die im Jahre 1920 zu den Rechtsradikalen zählten, als auch solche, die heute als linksradikal (?) angesehen werden können. Aus den Verhören läßt sich auch feststellen, daß hinter dem aus sechs Mitgliedern bestehenden Volkszugsausschuß eine Gruppe von etwa 150 bis 200 Leuten stand, die jedoch die Pläne der Führer nicht im einzelnen kannten. Dagegen scheint der Volkszugsausschuß zum äußersten entschlossen gewesen zu sein, da nach einzelnen Aussagen nicht nur geplündert werden sollte, sondern man entschlossen war,

führende Politiker sowohl von der Rechts wie von der Linken festzunehmen oder zu ermorden.

Die amtliche Mitteilung endet mit der Feststellung, daß außer dem Verpflegungsoffizier Bannay keinerlei Militärpersonen in die Angelegenheit verwickelt sind. Die Verhöre werden fortgesetzt.

Budapest, 30. November.

Die Zeitung „A Reggel“ schreibt, daß die Putschisten den Plan gehabt hätten, etwa 1000 Anhänger der Bewegung gruppenweise in die Hauptstadt zu schmuggeln. Oberleutnant Bannay, der im Zeugamt Dienst tat, hätte dann den Putschisten Uniformen ausgeteilt und die Leute wären auf verschiedene Kasernen verteilt worden. Der nächste Schritt wäre die Entwaffnung der Wache gewesen. Nächste Etappe im Programm der Putschisten sei die Gefangenennahme der Regierungsmittglieder gewesen. Die Besetzung der öffentlichen Gebäude und Banken hätte folgen sollen. Nach Informationen des Blattes soll einer der Verschwörer die Aufgabe erhalten haben, die

Synagoge in der Dehaungasse in die Luft zu sprengen.

Außerdem hätten die Verschwörer eine Liste von 1500 reichen Leuten zusammengestellt, die verhaftet werden sollten. Nach Erlangung der Macht hätten die Putschisten Plünderungen und andere Gewalttätigkeiten organisieren wollen.

Singenen will ein anderes Blatt berichten können, daß die Verschwörer jede Gewalttätigkeit und jeden Woffengebrauch hätten ver-

melden wollen, um sich für den Fall des Mißlingens des Putschversuches den Rücken zu decken.

Nach allem, was man bisher gehört hat, handelte es sich bei dem Komplott unzweifelhaft um ein rechtsradikales Unternehmen. Allein die Absicht der Dynamisierung einer Synagoge zeigt, wessen Geistes Kinder die Verschwörer waren. Der Versuch der ungarischen Regierung, den Tatbestand zu verdunkeln und politische Verwirrung anzurichten, indem man im Polizeibericht von „sowjetartigen“ Diktatureinrichtungen und von „heute linksradikal eingestellten“ Beteiligten spricht, ist ebenso aussichtslos wie verwerflich. Das erinnert allzusehr an die berühmte Verlautbarung der Bendlerstraße nach dem Räter Putsch im Herbst 1923, in der von „nationalkommunistischen Haufen“ die Rede war.

Der Gegensatz Frankreich—England.

Flandin in London. — Vorbereitungen, aber keine Verhandlungen

Paris, 30. November. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ erzählt zu der Londoner Reise des Finanzministers Flandin, man dürfe aus der Tatsache, daß Flandin bei einem Diner im Hause des englischen Außenministers mit Schatzkanzler Chamberlain und Handelsminister Runciman Unterredungen gehabt habe, nicht schließen, daß der vollkommen private Besuch Flandins den Beginn einer Verhandlung zwischen Frankreich und England darstelle, die auf jeden Fall sorgfältig vorbereitet werden müßte.

Der Londoner Korrespondent eines französischen Nachrichtenbüros hatte mit dem Finanzminister vor seiner Abreise aus London eine Unterredung. Er meldet darüber, daß in der Frage der Kriegsschulden und Reparationen sowie der Relinquisse des Sachverständigenausschusses der französische und englische Standpunkt immer noch entgegengesetzt seien, da England zugunsten einer Annulierung der Reparationen und Schulden sei. Innerhalb des englischen Kabinetts soll die Meinung darüber geteilt sein. Ebenso sei keine Einigung zwischen dem Schatzkanzler und den Beamten des Schatzamtes über die Stabilisierung des englischen Pfundes vorhanden. Es scheint jedoch, daß England seine Währung nicht stabilisieren wolle, bevor nicht die Frage der Kriegsschulden, Reparationen und der festgefrorenen Kredite endgültig geregelt sei.

Das tägliche Zollbüfekt.

London, 30. November.

Das Handelsamt hat soeben eine weitere Rotverordnung erlassen, nach der vom 4. Dezember ab auf folgende Waren ein fünfzigprozentiger Wertzoll erhoben wird: Glasflaschen und Glasstrüge (mit Ausnahme von Glaswaren für wissenschaftliche Zwecke); Kohlenelemente; Carne, ganz oder teilweise aus Wolle, einschließlich Mohair, Alpaka, Kaschmir; Kotosmatten und -vorleger; Haushaltskleinen einschließlich Tischtücher und Handtücher, ganz oder teilweise aus Seiden; ferner ganz oder teilweise aus Jute hergestellte Gewebe; Kerzen; Sportgewehre, -flinten und -karabiner sowie Teile davon; Luftdruckgewehre, -flinten und -pistolen; Böffel und Babeln für den Hausgebrauch, soweit sie nicht aus Edelmetallen hergestellt sind.

Die Tatsache, daß die heutige Verfügung des Handelsamtes die Klasse der Eisen- und Stahlwaren nicht berührt, kann auf die scharfe Meinungsverschiedenheit innerhalb der betroffenen Handelskreise im Unterhaus und im Kabinet sowie auf den Wunsch Runcimans zurückgeführt werden, die Besteuerung von Waren zu vermeiden, die einen wesentlichen Rohstoff für die britische Industrie bilden. So hat zum Beispiel Runciman eine Abordnung des Unterausschusses über Eisen und Stahl empfangen, der von ihm die Einführung von Zöllen verlangte, um der britischen Eisen- und Stahlindustrie Sicherheit und neues Kapital zu beschaffen während später eine Abordnung der Zinnblechfabrikanten bei ihm vorsprach um sich gegen eine Einführung von Zoll auf ihr Rohmaterial einzusetzen. Die Frage erweitert sich als so kompliziert, daß es nicht Wunder nehmen, wenn sich das Kabinet dahin einschlebe, im Augenblick in dieser Angelegenheit nichts zu veranlassen.

WERTHEIM

Heute Dienstag **Soweit Vorrat!**
Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch Ochsen-Suppentf. Pfd. 0.58 Ochsen-Brust Pfd. 0.65 Kalbsbrust u. Rücken Pfd. 0.58 Kalbskotelett Pfd. 0.99 Kalbsroulade Pfd. 0.98 Kalbsschnitzel Pfd. 1.20 Schweinebauch und Schult. Pfd. 0.68 Schweineschink. o. Bein Pfd. 0.72 Kähler mild gesalzen, Pfd. 0.74 la Berl. Bratwurst Pfd. 0.94 Gehacktes 0.64 Talg 0.35 Euter Pfd. 0.26 Herzen 0.44 Rinderlungen Pfd. 0.32 Rinderbacken Pfd. 0.38	Räucherwaren Fettbücklinge Pfd. v. an 0.25 Schellfisch Pfd. von an 0.22 Sprotten Pfd. od. Kistchen 0.32 Flundern 2 Bund 0.35 Seelachs Pfd. 0.36 Konserven 1/2 Dose Karotten geschnitten . . 0.35 Gemüse-Erbsen . . . 0.52 Gemischt. Gemüse 0.60 Abschnitt-Spargel . . 0.85 Pflaumen 0.58 Vierfrucht-Marmelade 1/2 Eimer 0.88 Bienenhonig 1-Pfd.-Gl. 1.15	Ochsenschmorfleisch Pfund 88 Pf. Mastgänse 0.78 0.88 0.98 Enten Pfund von an 0.78 Suppenhühner Pfund von an 0.75 Hirschfleisch Pfd. v. an Blatt Rücken Keule 58 Pf. 72 Pf. 82 Pf. Rehfleisch Pfund von an Blatt Rücken Keule 85 Pf. 1.08 1.18 Wolgahühner Pfund von an 0.75 Kaninchen gestreift, Pfund von an 0.75 Hasen gestreift, Pfd. v. an 0.90 Zander gefroren, Pfd. v. an 0.35 Lachs gefroren, Pfd. v. an 0.45 Leb. Karpfen Pfd. v. an 0.75	Obst u. Gemüse Äpf. u. Kochäpfel 3 Pfd. 0.25 Amoretenbirn. 3 Pfd. 0.28 Tafeläpfel . . . Pfund 0.18 0.15 Mandarinen 3 Pfd. 0.58 Apfelsinen . 3 Pfd. 0.58 Weiß-u. Wirsingkohl 0.05 Rübchen u. Sellerie 0.06 Blumenkohl Kopf v. an 0.12 Walnüsse Pfund 0.30 Haselnüsse Pfund 0.48 Wurstwaren Dampfwurst u. Fleischwurst, Pfd. 0.80 Landleberwurst Pfd. 1.15 0.84 Feine Leberwurst 1.40 1.14 Zervelat u. Salami 1.18 Teewurst feine u. Filletwurst 1.34 Speck fett 0.85 mager 1.05 Schinkenspek 1.28 Käse u. Fett Camembert vollfett, Schachtel 0.24 Harzerkäse ca. 1-Pfd.-Pak. 0.30 Tilsiter vollfett, . . . Pfund 0.68 u. Edamer vollfett, Pfund 0.70 Holländer vollfett, Pfund 0.70 Margarine u. Kokosteff, 2 Pfund 0.75 Molkereiberutter Pfd. 1.24 1.12 Dän. Butter Markenbutter Pfund 1.36
---	---	---	---

Leipziger Str., II. Stock
Ausstellung: Elektrizität im Haushalt
 Vorführung von elektrischen Heiz- u. Koch-Apparaten, Höhensonnen, Staubsaugern, Bohnern, Waschmaschinen usw. Auf Wunsch Teilzahlung für Berliner Stromabnehmer

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
 Dienstag, den 1. Dezember
Staatsoper Unter den Linden
 20 Uhr
Der Zigeunerbaron
 Stadt-Schauspielhaus
 Genesemannstr.
 20 Uhr
Wallensteins Lager / Die Piccolomini
 Schiller-Theater
 Dannebergstr.
 20 Uhr
Doktor Klaus

Winter Garten
 8.15 Uhr Floß 3434 Karten erlaubt
Heute Premiere!
 8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.
 Wieder ein neuer Schlager!
Wenn Kinder heiraten
 Dazu das große Fest-Programm!
 Edith Bach. Die Rundfunknachtgall.
 Burling u. Berty, Gesang u. Tanz.
 Chang-Te-See, Chinesen-Truppe.
 Gutscheine 1-4 Personen: Parkett 50 Pf.,
 Parquet I.-Mark, Sessel 1.50 Mark.

Städt. Oper
 Charlottenburg
 Bismarckstraße 34
 Dienstag, 1. Dez.
 Turnus III
 Anfang 20 Uhr
Soldaten
 Ende gegen 22.30 U.

Volksbühne
 Theater am Mühlplatz
 8 Uhr
Der grüne Kakadu
 Der Kommissar
 Stadt. Schiller-Theater
 8 Uhr
Doktor Klaus

Deutsches Theater
 8 Uhr
 Geschichten aus dem Wiener Wald
 von Oedon Horvath
 Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
 8 1/2 Uhr
Jemand
 von Franz Molnar
 Regie: Gustaf Gründgens
 mit Albert Bassermann

Theater im Admiralspalast
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dubarry
 mit
Gitta Alpar
 Preise v. 0.50 M. an

Rose-Theater
 Große Frankfurter Straße 122
 Tel. Weidau E 7 3422
 8 1/2 Uhr
Die keusche Susanne

Theater des Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der Vogelhändler
 Ahlers, Jöken,
 Moryan, Carola,
 Preise 4 Plätze v. 50 Pf. an

Planetarium
 am Zoo
 3, 5, 7, 9 Uhr
 Film um Königsee
 und Watzmann

Unserem Parteigenossen
Arthur Gadegast und Frau
 Döhliger Straße 29
 zur Silberhochzeit die besten
 Glückwünsche!
 Familie P. Jeddie
 Bin.-Friedrichsfelde, 1. Dezember 1931

CIRCUS BUSCH
 Bahnhof Köpenick, Tel. Weidau 3040
Ab 1. Dezember:
 Vollständig neue Attraktionen
 artist.-dramat. Höchstleistungen
 Täglich 8 1/2, zum Schluss:
 „Ein Fest beim König Winter“
 in allen Nachm.-Vorst. zum Schluss
 Berlins größte Märchenrevue:
 „Ein Wintermärchen“
 in 6 prächtigen Bildern
 und vielen Überraschungen.

HAUS VATERLAND
 Restaurant
 Berlins
 BETRIEB KEMPINSKI

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
 Die neue Kurioske
 „Der arme Kasimir“
 Nachmittags halbe Preise, volles Programm!

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weidensee
Bekanntmachung!
 Laut Beschluß des Versicherungsamtes der Stadt Berlin vom 28. November 1931 kommen vom heutigen Tage ab die jahresmäßigen Mitgliedsbeiträge der Rasse in Fortfall. Gleichzeitig sind mit Wirkung vom 14. Dezember 1931 die Beiträge um 1/4 vom Hundert des Grundlohnes erhöht.
 Berlin-Weidensee, den 26. November 1931.
Der Vorstand
 Brühmüller, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Mitglieder der erweiterten Verwaltung!
 Dienstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18:
Versammlung der Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung
 Tagesordnung:
 „Die Arbeitssicherheit der Jugendlichen und der freiwillige Arbeitsdienst.“
 Referent: Rüdiger Schlieker, Sekretär des Hauptverbandes.
 Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist es dringend Pflicht, daß alle Mitglieder bestimmt erscheinen.
 Mitgliedsbuch, Funktionärkarte und Mitgliedsbeitrag mitbringen!
Die Ortsverwaltung.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 TÄGLICH 8 UHR
Hoffmanns Erzählungen
 MAX REINHARDT
 INSZENIERUNG
 Vorverkauf ununterbrochen

Metropol-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die Blume von Hawaii
 Preise von 50 Pf. an
 Stg. 1.50, 5 u. 8 1/2 Uhr
Die Blume von Hawaii

Ausscheiden!
Zentral-Theater
 Alte Jakobstr. 30-32
 Dönhoff 2047
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5 u. 8 1/2 Uhr
Schwarzwalddädel
 Mittwoch 4 Uhr
Hänset und Gretel
 Vorz. halbe Preise
 ab 50 Pf.

Theater am Kollendorplatz
 Regie: Felix Saltenberg
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntag 4 1/2 Uhr
Gasparone
 Mittwoch 4 Uhr
Knecht Rupprechts Fahrt ins Märchenland
Philharmonie
 8 Uhr
Sinfonie-Konzert
 d. Philharmon. Orch.
 Dirig. Prof. L. Prosser
 Sinfonia Nr. 1 und Violin-Konzert-Beethoven
 (Goldberg)
 Eintritt 1 M.

Berliner Uk-Trio
 Neukölln, Lahnstr. 74/75, I
Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen
Der Kongreß tanzt
 mit
 Lilian Harvey, Willy Fritsch
 Conrad Veidt, Lil Dagover
 Bühne:
Lidia Walterstein
 Hohe Schule im Wandel der Zeiten
Arcaris Neapolitaner
 Italienisch es National-Orchester

SCALA
 Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr — 8 5 Berk. 0256
HEUTE PREMIERE!
 Ein sensationelles Dez.-Programm
NONNI
 UND
HORACE
 Englands beliebtester
Musical-Clown
LOLITA BENAVENTE
 der große spanische Star
2 PIERROTYS
 „Die Unübertreffbaren“
LE BLAN DU CHARME & RAY
 Pariser Revue-Tanz-Trio
 Erstmals in Deutschland! usw.
 und Hellmuth Krüger konfiziert!

PLAZA
 Heute 5 und 8 1/2 Uhr
PREMIERE
DER GRAF VON LUXEMBURG
 OPERETTE von
FRANZ LEHAR

Internationales Theater
 (Kleines Theater) Unter den Linden 44
 Täglich 8 Uhr
 Hedwig Wangel, H. Ad. Schlettow,
 Edith Edwards in
Athenians von Vera Bern.
 Regie: Philip Manning

Wir erfüllen die traurige Pflicht, den Tod des Herrn
Generaldirektor W. Schüning
 bekanntzugeben. Die Gesellschaft, der er seit 1926 unermüdet unter Einsetzung seines Könnens und seiner Fachkenntnis seine ganze Kraft gewidmet hat, wird ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.
 Berlin, den 30. November 1931.
„BEHALA“
Berliner Hafen- und Lagerhaus
Aktiengesellschaft

Nachruf!
 Tieferschüttert nahmen wir von dem Tod des Generaldirektors unserer Gesellschaft
Herrn Wilhelm Schüning
 Kenntnis. Herr Schüning ist uns nicht nur ein Vorbild an Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit, sondern auch ein guter, stets hilfsbereiter Chef und Berater gewesen, dem wir ein treues und ehrendes Andenken bewahren werden.
 Berlin, den 30. November 1931.
Die sämtlichen Betriebsangehörigen der „BEHALA“ Berliner Hafen- u. Lagerhaus AG.

Am 26. November starb nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, mein bester Kamerad in guten und bösen Tagen
Fritz Kunert
 im 82. Jahre seines an Arbeit und Kämpfen reichen Lebens.
 Die Feuerbestattung fand am 30. November in aller Stille statt.
 Dank allen denen, die mir in diesen Tagen ihre Teilnahme bewiesen haben!
 Köpenick, den 1. Dezember 1931.
Marie Kunert.

Am 25. November, mittags 1 Uhr, verschied plötzlich meine liebe Frau und Lebensgefährtin, unsere Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Marie Billhardt
 geb. Heintze
 im Alter von 66 Jahren.
 In tiefem Schmerz
Carl Billhardt.
 Die Einäscherung findet am 3. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Nach kurzem Leiden verschied am 28. November unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Martha Kalversberg
 Dieses geliebte Kind an **Bruno Kalversberg u. Frau.**
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. Dezember, 10 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof, Bismarck-Friedrichsfelde, statt.

Carl Pieisch Inhaber:
Gustav Sauer
Haus- u. Küchengeräte — Werkzeuge
 SW 68, Lindenstraße 107 :: Tel.: Dönhoff 3070

Herrn Karl Langes Begriffsfälschung vom Lohnanteil

Es gibt auch wissenschaftliche Legenden, die zerstört werden müssen

Der Reichsfinanzminister Dietrich sagte kürzlich in einer Rede, in Deutschland betrage der Lohnanteil an den Produktionskosten über 70 Proz. Der gewöhnliche Staatsbürger mußte sich wundern. Bisher mußte man nur, daß der Lohnanteil in allen Industrien außerordentlich verschieden ist und daß er von etwa 7 Proz. im Hochofenbetrieb bis auf etwa 55 Proz. im Steinkohlenbergbau steige. 70 Proz. als Durchschnitt für die deutsche Industrie, auch wenn man Angestelltergehälter und soziale Kosten mitrechnet — was freilich bisher nicht üblich war —, mußte als ein Irrtum des Redners oder des Berichterstatters erscheinen. Aber man muß sich noch mehr wundern: Herr Dietrich hat es nämlich ernst gemeint, und der Berichterstatter hat sich nicht geirrt. Es gibt Reichsminister, die jetzt kurz vor dem Urtag der neuen Roterordnungen „zur Anpassung von Löhnen und Preisen an die weltwirtschaftliche Entwicklung“ mit dieser Ziffer ernsthaft operieren und, noch gefährlicher, es gibt eine wissenschaftlich aufgemachte Theorie, auf der sich diese Behauptung aufbaut.

Herrn Karl Lange „Theorie“ vom Lohnanteil.

Diese Theorie lernen wir jetzt kennen, und zwar in einer Veröffentlichung der „Rölnischen Zeitung“ vom 25. November. Dort schreibt Karl Lange, der geschäftsführende Direktor des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten (VDMB) folgendes:

„Eine ausschlaggebende Bedeutung des Lohnproblems wird häufig bezweifelt und dabei gewöhnlich darauf hingewiesen, daß die Löhne doch bei manchen Industrien nur einen relativ geringen Teil des Gesamtwerts der Erzeugnisse der betreffenden Industrie ausmachen. Ganz abgesehen davon, daß schon der Anteil der von einer Industrie selbst gezahlten Personalkosten (auch Löhne, Gehälter und soziale Leistungen) im größten Teil der deutschen Industrie sehr erhebliche Hundertsätze des Gesamterstellungswerts ausmacht — im Maschinenbau zum Beispiel nach der amtlichen Herstellungserhebung von 1928 im Gesamtdurchschnitt 36,6 Proz. —, ist eine solche Gegenüberstellung nur der von einer Industrie an ihre eigenen Angestellten und Arbeiter selbst gezahlten Löhne, Gehälter usw. und des Gesamterstellungswerts einer Industrie nicht beweiskräftig, sondern im Gegenteil irreführend, da ungleiche Größen verglichen werden. Es wird dabei übersehen, daß fast alle Teile, aus denen der Gesamterstellungswert außer den Personalkosten besteht, auch wieder Lohn- und Gehaltsanteile enthalten, welche die Preisgröße des betreffenden Selbstkostenfaktors entscheidend mitbestimmen. Also muß man entweder alle diese Personalkostenanteile mit den eigenen Personalkosten der betreffenden Industrie zusammen nehmen und dem Gesamterstellungswert gegenüberstellen, oder aber die eigenen Personalkosten einer Industrie nur mit dem Reinerstellungswert (Veredlungswert) dieser Industrie vergleichen, der sich ergibt, wenn man von dem Gesamterstellungswert alle Vorkosten abzieht. Nur bei dieser Berechnungsweise wird man die Bedeutung des Lohnes als Selbstkostenfaktor für eine einzelne Industrie sich richtig klarmachen können.“

Herr Direktor Lange errechnet dann für die deutsche Maschinenindustrie auf diese Weise einen Personalkostenanteil von 71,7 Proz. an der Nettoproduktion (Veredlungswert), und zwar Löhne 43,5, Gehälter 21,7 und soziale Leistungen 6,5 Proz. Für vier weitere nicht genannte Industrien wird ein noch höherer durchschnittlicher Personalkostenanteil von 73,9 Proz. genannt. Herr Lange sagt dann weiter: „Bei solchem Ausmaß der Personalkosten ist es ohne weiteres einleuchtend, von welcher entscheidenden Bedeutung für die Existenzfähigkeit jedes Unternehmens und der Industrie im ganzen die Entwicklung und Höhe der Personalkosten sein müssen“; er sagt ferner, daß es ein Lohnoptimum geben müsse, das nicht überschritten werden dürfe und dem jener Lohnstand entspreche, bei dem — abgesehen von Saison- und Schwankungen — noch sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte Beschäftigung finden können. Herr Lange schließt mit der Feststellung, daß zwischen der künstlichen Ueberhöhung der deutschen Löhne und der wachsenden Arbeitslosigkeit ein Kausalzusammenhang bestehe und daß die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Revision der Lohnüberhöhung über das wirtschaftlich Tragbare hinaus zur Voraussetzung habe. Nur in Parenthesen (Klammer) und in Nebenätzen wird gelegentlich angedeutet, daß neben dem Lohnanteil auch andere Faktoren zu berücksichtigen sind.

Hier hätten wir also nicht nur die Quelle, aus der unsere Reichsminister ihre neuen, so überausenden Weisheiten vom Lohnanteil in Deutschland schöpfen, sondern auch die Theorie, mit der diese Weisheiten begründet werden.

Eine wissenschaftliche Banalität. — Unlautere politische Begriffsfälschung.

Die ungeheure politische Tragweite solcher Behauptungen und Theorien, wenn sie von der Öffentlichkeit und der Staatsbürokratie akzeptiert werden, liegt auf der Hand. Mit ihnen läßt sich, soweit und solange es noch Arbeitslose in Deutschland gibt, jede weitere Lohn- und Gehaltsentwertung rechtfertigen.

Wir erklären, daß Herrn Langes Theorie vom Standpunkt der nationalökonomischen Wissenschaft eine Banalität darstellt. Aber die taum ein Wort zu verlieren wäre, daß aber ihre praktische Anwendung, wie sie hier geschieht, ist eine politische Begriffsfälschung zu unlauteren wirtschafts- und sozialpolitischen Zwecken des Klassenkampfes von oben darstellt.

Es ist selbstverständlich erlaubt, die Personalkosten einer einzelnen Industrie jenem Wert gegenüberzustellen, den diese einzelne Industrie durch Bearbeitung der Vorprodukte hinzufügt (Personalkostenanteil am Veredlungswert). Es ist ebenso erlaubt, alle Personalkostenanteile sämtlicher Vorprodukte (auch Frachten und sonstiger Speesen) den eigenen Bearbeitungs- und Verteilungskosten der einzelnen Industrien hinzuzurechnen und diese Summe aller Personalkosten dem Gesamtproduktionswert der betreffenden Industrie gegenüberzustellen (Verhältnis sämtlicher Personalkosten zum Gesamtwert der Produktion). Hier handelt es sich um volkswirtschaftliche Ueberlegungen, Verhältnisse und Begriffe. Es ist auch erlaubt, in solchen Zusammenhängen von einem volkswirtschaftlichen, dann aber freilich in Ziffern und für Einzelunternehmungen und -industrien niemals zu bestimmenden Lohnoptimum zu sprechen.

Was aber in aller Welt haben dann diese volkswirtschaftlichen Ueberlegungen mit der privatwirtschaftlichen Rentabilität eines einzelnen Unternehmens und einer einzelnen Industrie zu tun? Erhält denn etwa ein Einzelunternehmen in dem für seine Waren erzielten Preis nur den hinzugefügten Veredlungswert? Zahlt denn etwa eine einzelne Industrie ihren Arbeitern und Angestellten auch die in den Vorprodukten enthaltenen Löhne aus? Liegt es denn in der Willkür des Personals und ihrer Gewerkschaften, Konjunkturen zu machen und Krisen zu verhüten? In Krisen sinken aber doch die selben Preise (Veredlungs- und Vorprodukte) und sinken auch die einzelnen Unternehmer und haben sämtliche Unternehmer einer Industrie im privatkapitalistischen System, in dem wir noch leben, nicht die Verantwortung für das investierte Kapital und damit das Risiko für jene Ueberproduktion zu tragen, die anerkanntermaßen die Ursache der jetzigen Weltwirtschaftskrise und des Hauptteils der deutschen Arbeitslosigkeit sind? Wie kann es hier ein anderes Lohnoptimum geben als jenes, das im Gewerkschafts- und Unternehmerkampf ausgehandelt und nach öffentlichem Meinungssturm politisch zerschlagen wird?

Das Lohnoptimum, von dem Herr Lange spricht, wird in der volkswirtschaftlichen Theorie von keinem Menschen bestritten, in der privatkapitalistischen Praxis aber ist es von keinem Menschen bestimmbar. Herr Lange rechtfertigt sich einfach die praktische Anwendbarkeit auf die Rentabilität einzelner Unternehmungen und Industriezweige durch die Begriffsumfälschung seines volkswirtschaftlichen Lohnanteils in einen privatwirtschaftlichen Lohnanteil.

Und er macht das noch nicht einmal ehrlich.

Wenn es nämlich ein Lohnoptimum für eine einzelne Unternehmung oder einen einzelnen Industriezweig wirklich gäbe, dann müßte es auch ein Optimum für die fixen Kosten und die laufenden Kreditkosten, ferner ein Optimum für die Materialkosten und die Leitungskosten der Einzelunternehmung und der betreffenden Industrie geben.

Freilich müßte Herr Lange und müßten die Reichsminister, die ihm folgen, dann auch sagen, daß die fixen Kosten in Deutschland heute durch Milliarden deutsche Fehlinvestitionen, die laufenden Kreditkosten durch Milliarden eingestorene und jetzt zinstreibende Kredite, die Materialkosten durch den Kartellwucher, die Leitungskosten durch den übermäßigen Leitungsaufwand nicht optimal und heute sicher zu hoch sind.

Von diesen Mißverhältnissen in den Selbstkosten der Industrie, deren Revision heute allein noch dringlich ist, nachdem die Löhne und Gehälter mit Rücksicht auf die entscheidende Bedeutung des Binnenmarktes für den Export und die deutsche Landwirtschaft anerkanntermaßen nicht mehr gesenkt werden dürfen, schweigt Herr Lange und schweigen auch die Minister, und sie wissen auch, weshalb sie schweigen: weil sie dann zugeben müßten, daß es in Deutschland heute überhaupt kein Lohn- und Gehaltsproblem mehr gibt und auch kein eigentliches Lohn- und Preisproblem, sondern nur noch Probleme der Kapitalabschleifung, d. h. Kapitalabschreibung, Probleme des Kartellwuchers, d. h. der Entmachtung der Schwerindustrie, und Probleme der richtigen oder falschen Unternehmerpolitik, d. h. der staatlichen Wirtschafts- und Finanzlenkungsprobleme.

Es müßte also zugegeben werden, daß die Haltung der Unternehmer und der Reichsregierung in der ganzen Lohn- und Preisfrage nicht mehr zu rechtfertigen ist

und daß das kommende wirtschaftspolitische Roterordnungsprogramm die Krise verschärfen muß, wenn nicht endlich das Lohn- und Gehaltsniveau stabilisiert wird und durch Abbau des Kartellwuchers, Sicherung der Verlustbereinigung und Abbau der Leitungskosten eine Selbstkostenverringernng am richtigen Ort erfolgt.

Von diesen allein vordringenden Notwendigkeiten aber abzulenkten, mit pseudowissenschaftlichen Methoden den Klassenkampf von oben mit der Wirkung der Krisenverschärfung zu vertiefen, das ist das Ziel und die allein mögliche Wirkung der neuen bangeschen Theorie vom Lohnanteil in Deutschland. Sie soll das heute allgemein gemordete Erkenntnisgut der absolut ruinösen Wirkung weiterer Lohn- und Gehaltsentwertungen für die öffentliche Meinungsbildung verfälschen. Herr Lange hat weder sich noch der Reichsregierung mit seiner „Theorie“ einen Dienst getan.

Das Pfund = 14,25 Mark.

Anhaltend scharfes Angebot.

Das englische Pfund, das in der ganzen letzten Woche eine anhaltende Abwärtsbewegung durchmachte, hat bei Wochenbeginn einen neuen außerordentlich starken Sturz erfahren. So sank in New York das Pfund gegenüber dem Dollar gestern vormittag auf 3,47 gegen 3,52 1/2 Dollar am Sonnabend. An der Nachbörse erreichte das Pfund sodann einen bisher noch nicht festzustellenden Tiefstand von 3,45 Dollar. Der Pfundsturz gegenüber der Mark in der letzten Woche wird durch folgende Ziffern gekennzeichnet:

23. November	15,62 M.
26. November	14,92 „
30. November (Anfangskurs)	14,75 „
30. November (Schlußkurs)	14,25 „ (Goldparität 20,42 M.)

Also allein im Verlauf der letzten Woche hat das englische Pfund fast 9 Proz. seines Wertes eingebüßt. Die letzten scharfen Kursstürze hängen mit dem anhaltenden Angebot kontinentaler Länder, in erster Linie Frankreichs und Hollands, sowie der Vereinigten Staaten zusammen. Der auffallend tiefe Sturz bei Wochenbeginn dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Verhandlungen der Niederländischen Staatsbank mit der Bank von England wegen gewisser Kursgarantien für die Pfundbestände der holländischen Bank ergebnislos verlaufen sind. Die schwere Enttäuschung in holländischen Finanzkreisen hat das Angebot von Pfunden stark gefördert.

Oesterreichs Währungszerüttung.

Die Entwicklung des österreichischen Schilling hat in letzter Zeit eine bedrohliche Form angenommen. So wird in der Schweiz, wo noch ein offizieller Handel in Schillingnoten stattfindet, der österreichische Schilling unter 40 Centimes gehandelt. Die deutsche Reichsbank notiert zwar noch österreichische Schilling-Devisen mit 59 Pfennig, also der Parität entsprechend, aber seit Tagen schon nicht mehr Schilling-Noten. — Der Run auf den Schilling ist durch die hoffnungslose Devisenlage und die völlige Zerrüttung des österreichischen Außenhandels hervorgerufen. Es ist ganz ausgeschlossen, vom Export her eine Auffüllung der Devisenbestände zu erwarten. So ist der Export nach Deutschland im vergangenen Monat auf 17,4 gegen 50,5 Mill. Schilling im Oktober 1930 gesunken. Bei dem Export nach der Tschechoslowakei beträgt das Verhältnis des Exports 15 gegen 42,8 Millionen. Die Abneigung gegen die Annahme von Schilling-Noten ist im Ausland dadurch so verschärft worden, weil die österreichische Nationalbank sich weigert, Schilling-

Noten aus dem Auslande anzunehmen. Die Palette Schillingnoten, die besonders in der letzten Woche aus Oesterreich ins Ausland geschmuggelt wurden, konnten im Hinblick auf die Nichtanerkennung durch die Nationalbank nur zu Scheuderpreisen abgesetzt werden.

Halbierte Dividende beim RWE.

Hat man Nebenabsichten?

In der Aufsichtsratsitzung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividendenverteilung von nur 5 statt bisher immer 10 Proz. vorzuschlagen. Der Stromabsatz weist erstmalig seit dem Kriege und der Ruhrbesetzung einen Rückgang von rund 12 Proz. auf (2447 Millionen Kilowattstunden gegen 2782 Millionen Kilowattstunden des Vorjahres). Die Stromabgabe einschließlich der Konzernunternehmungen betrug mehr als 3 1/2 Milliarden Kilowattstunden gegen 3 1/2 Milliarden Kilowattstunden im Vorjahre. Aus dem Gewinn wird ein Betrag von 6,86 Millionen zu besonderen Abschreibungen verwandt, was mit der Schwere der Zeit begründet wird.

Wäre nicht vielleicht auch als Grund mitanzusehen, daß den Aktien besitzenden öffentlichen Stellen eine Dividende von 8 Proz. bei der jetzigen Finanznot willkommener wäre als eine von 5 Proz. und daß man dafür in der RWE-Bewertung ein „zu sachverständiges“ Interesse hat? Das RWE hat doch bei der bisherigen Dividendenpolitik immer das Ziel der Dividendenstabilität betont und in den hohen stillen Reserven dafür auch die Voraussetzungen geschaffen!

Das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen. Im Oktober und November haben zwischen der deutschen und polnischen Regierung Verhandlungen über die Durchführung des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommens stattgefunden. Außerdem wurden noch verschiedene finanzielle Fragen, die bei Abschluß dieses Vertrages für eine spätere Regelung zurückgestellt wurden, geklärt. In dem am Sonnabend unterzeichneten Protokoll sind eine Anzahl wichtiger Einzelfragen endgültig geregelt worden. In erster Linie gilt dies für den Umtausch der im Besitz deutscher Staatsangehöriger befindlichen polnischen Anleihen. Endgültige Bestimmungen für das Umtauschverfahren werden demnächst bekanntgegeben.

Landesbank für die Provinz Westfalen. Die Verhandlungen der Landesbank für die Provinz Westfalen mit der preussischen Regierung sind jetzt so weit gediehen, daß mit der Gewährung eines Ueberbrückungskredits in einer Höhe bis zu 50 Millionen Mark gerechnet werden kann. Der endgültige Abschluß ist jedoch, wie von beteiligter Seite erklärt wird, noch nicht erfolgt.

Der große Konkurs-Ausverkauf

aus der Konkursmasse

Günther Schmidt-Lorenzen

beginnt am Mittwoch, 2. Dezember 1931, 11 Uhr, Krausenstraße 22-24, am Dönhoffplatz

Zum Verkauf gelangen: Wollstoffe, Herrenstoffe, Seidenstoffe, Samte, Waschstoffe, Spitzen, Besätze, Strümpfe, Handschuhe, Krawatten, Trikotagen, Möbel- und Dekorationsstoffe p.p.

zu fabelhaft billigen Preisen

Der Konkursverwalter Seudach



Bei meist heiterem Wetter und östlichen Winden überschritten am Montag die Temperaturen nur westlich der Weser...

Wetterausichten für Berlin: Weiterhin trocken und frost, zunächst heiter, später etwas Bewölkungszunahme...

Parteinaechrichten für Groß-Berlin

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- Heute, Dienstag, 1. Dezember. 1. Kreis. Die 18 heute abend angelegte Kreisvorsitzungsversammlung wird auf Montag, 7. Dezember, nach dem nächsten Fest verlegt.

Morgen, Mittwoch, 2. Dezember.

- 17. Abt. 20 Uhr Sitzung des Kreisbildungsausschusses bei Pamp, Kiebitzschneide, Schönebergstr. 15.

Allgemeine Funktionärkonferenz

Heute Dienstag, den 1. Dez., pünktlich 19.30 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide

Thema: Sozialdemokratie und internationale Abrüstung

Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, MdR.

- 71. Abt. 20 Uhr bei Schneider, Potsdamer Str. 23, Funktionärkongress.

Donnerstag, 3. Dezember.

- 13. Kreis. 9 1/2 Uhr Zusammenkunft aller erwerbslosen Genossinnen und Genossen im Examen Tempelhof, Germaniastraße, Eingang Söhlstraße.

Frauenveranstaltungen.

- 7. Abt. Mittwoch, 2. Dezember, Befähigung der „Bauwelt“-Rührschau, Charlottenstr. 6, Treffpunkt 16 Uhr vor dem Eingang.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreisvorsitzungs Freitag, 4. Dezember, pünktlich. Infolge Winterferienveranstaltungen finden am 19. und 20. Dezember in der Volkshäuser Halle...

Kreisvorsitzungs: Heute 19 1/2 Uhr wichtige Kreisvorsitzungsversammlung im Heim Döberitzstraße...

Schöneberg: Die Kreisvorsitzungsversammlung findet erst am 3. Dezember um 20 Uhr statt bei der Genossin Peterlin, Hauptstr. 48.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

32. Abt. Unsere Genossin Maria Plefke, Bismarckstr. 3, ist nach längerem Krankenlager am 2. Dezember, 17 1/2 Uhr, im Krankenhaus Baumgartenweg...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendfestariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Samstag, 6. Dezember, 13 Uhr, Vorbereitung für die arbeitende Jugend in der Volkshäuser Halle...

Abteilungsmittgliederversammlungen, Dienstag, 19 1/2 Uhr.

Arbeitsplatz: Elisabethenstr. 19. - Altstädter Post: Weidenstr. 18. - Asienhäuser Vorplatz: Döberitzstr. 18. - Zentrum: Sandberger Str. 20.

Strohe 18. - Rollen: Weidenstr. 2. - Katholiken: Tansiger Str. 24. - Weidenstr. 24. - ...

Knoten: Vorking, Ecke Grundstraße. Arbeiterführer: Sallwe, Siebensch. - ...

Kaisers Kaffeekuchen. Der seit mehr als einem Jahre in Charlottenburg, ...

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 25 Pfennig, Textwort 12 Pfennig

Grid of small advertisements for various services including Verkauft, Musikinstrumente, Wohnungen, Radio, Kraftfahrzeuge, Zimmer, Kaufgesuche, Ver-schiedenes.

Leute zu Tietz! Gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Large table listing various food items and their prices, including Konserven, Wurstwaren, Gänse, Enten, Wolgahühner, Frisches Fleisch, Fische, Obst, Gemüse, Räucherwaren, Hausbalmischung, Grüne Heringe, Span. Aprikosenkompott.